

Mehr Selbstbeteiligung für Kranke, Arbeitsplatzabbau, Inflation, Steuererhöhungen ...

Schluß mit dem Griff in unsere Taschen!

Ein Unterhändler der Gewerkschaft HBV entschuldigte die Annahme des Kompromißangebots der Banken nach dem Streik im Frühjahr mit der Erklärung: „Der soziale Frieden ist das höchste Gebot“. Er lebt noch in einer längst vergangenen Epoche. Das war die Zeit, als die deutsche Wirtschaft stabil war und stark genug wuchs, so daß die Unternehmer bereit waren, ausreichende Lohnerhöhungen am grünen Tisch zuzugestehen, um weitere Riesengewinne durch die ununterbrochene Produktion anzuhäufen.

Jetzt verschwindet die materielle Grundlage für die Fata Morgana der „Sozialpartnerschaft“ zwischen Arbeit und Kapital. Die Diskussion über massive Erhöhungen der Selbstkostenbeteiligung für Kranke (10 DM pro Arztbesuch etc.) gibt uns einen Vorgeschmack auf das, was uns in den nächsten Monaten und Jahren bevorsteht. Die Bundesregierung will die wahlfreie Zeit bis 1994 nutzen, um die Krisenlasten auf unsere Schultern abzuwälzen.

Die Weltwirtschaft steckt in einer Rezession. Letztes Jahr gab es einen absoluten Rückgang. Dieses Jahr hoffen die bürgerlichen Ökonomen auf nur 1,4 Prozent Wachstum. Selbst das wäre nicht genug, um die Arbeitslosigkeit zu verringern, die in diesen zwei Jahren in den reichsten Ländern der Welt von 25 auf 30 Millionen gestiegen ist.

Ohne den staatlich erzeugten Boom durch die Wiedervereinigung hätte es auch in Westdeutschland schon längst eine Rezession gegeben. Jetzt neigt die westdeutsche Wirtschaft zur Stagnation. Das hat nichts mit den Lohnerhöhungen oder mit den neuen Bundesländern zu tun, sondern es ist die unvermeidliche Folge dieses marktwirtschaftlichen Systems.

Arbeitsplatzabbau

Um ihre Gewinne zu bewahren werden die Bosse versuchen, Kosten zu sparen – durch Entlassungen. Allein in

der Metallbranche werden dieses Jahr 60.000 Arbeitsplätze vernichtet. In den nächsten Jahren werden es Hunderttausende sein.

Der „Wiedervereinigungsboom“ war auf Pump bezahlt. Die Kredit-schleuse wurde weit geöffnet. Die Geldmenge wächst zur Zeit um 8 bis 9 Prozent, das Bruttosozialprodukt nur um 1,5 Prozent. Das und nicht die Lohnerhöhungen sind die Ursache der Inflation!

Die Kapitalbesitzer, die nach Berichten der Bundesbank einen Rekordbetrag von 680 Milliarden DM auf ihren Konten haben, sind nicht bereit, im Osten zu investieren. Sie nutzen die neuen Bundesländer lieber als Absatzmarkt für ihre Produkte und lasten dafür ihre vorhandenen Kapazitäten im Westen stärker aus.

Dann setzen sie noch eins drauf, indem sie jede mögliche Konkurrenz aus dem Osten plattmachen. Statt die für den Aufbau notwendigen 120 Milliarden DM zu investieren, hat der Privatsektor im letzten Jahr nur 13 Milliarden in den neuen Ländern investiert.

Die staatlichen Geldtransfers von West- nach Ostdeutschland steigen deshalb in diesem Jahr von 140 auf 180 Milliarden an. Und wir sollen dafür bezahlen!

Die Unternehmer und die Regierung hatten den Gewerkschaften in der diesjährigen Tarifrunde den Krieg erklärt. Der Angriff ist zurückgeschlagen wor-

den, der Lohnraub konnte in Grenzen gehalten werden.

Teile und Herrsche

Aber die Angriffe gehen weiter, wobei die unterdrücktesten Schichten besonders hart angegriffen werden: Arbeitslose, Sozialhilfe-Empfänger, ausländische Flüchtlinge, Rentner und Kranke. Was die Gewerkschaften den Unternehmern abgetrotzt haben, soll der Staat wieder 'reinholen. Bis 1993 sollen rund 12 Milliarden DM, bis 1995 80 Milliarden durch Sozialabbau eingespart werden. 8 Milliarden sollen im nächsten Jahr durch Kürzung der Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit eingespart werden. Diese Streichungen werden vor allem die Millionen im Osten treffen, die auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Umschulungen angewiesen sind. Nach dem Motto „Teile und Herrsche“ sollen Ostdeutsche gegen Westdeutsche, Arbeitslose gegen Beschäftigte und nicht zuletzt Ausländer gegen Deutsche ausgespielt werden.

Gegenwehr

Der großartige Streik der Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst und die Kampfbereitschaft bei den Metallern und in anderen Berichten zeigen, daß die sogenannten „kleinen Leute“ nicht wehrlos sind.

Aber die Chance für einen gemeinsamen Kampf von ÖTV, IG Metall und den anderen Gewerkschaften für ein Ergebnis, daß Reallohnverlust in diesem Jahr ganz vermeidet, ist von den Spitzen der Gewerkschaften vertan worden.

Sie bekamen Angst vor der Militanz ihrer eigenen Basis und vor der Aussicht eines politischen Streiks gegen



diese Regierung. Die Führung der SPD wiederum hat keinen Finger gerührt, um zusammen mit den Streikenden diese Regierung wegzufegen, sondern stellte sich gegen die ÖTV auf die Seite der Arbeitgeber.

Ein Oskar Lafontaine kann es sich leisten, eben mal 90.000 DM zurückzahlen, die er „aus Versehen“ zu viel bekommen hat. Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften sind ebenfalls nicht auf ein paar Lohnprozente mehr oder weniger angewiesen. Aber an der Basis sieht es anders aus. Wir brauchen Funktionäre, die konsequent unsere Interessen vertreten und nicht materiell abgehoben sind.

SPD und Gewerkschaften müssen zu konsequenten Interessenvertretungen der Arbeitnehmer umgewandelt

werden. Dazu brauchen wir Führungen, die sich nicht den „Sachzwängen der Marktwirtschaft“ (= Profitinteressen der Unternehmer) beugen.

- Gegen Große Koalitionen, weder in Berlin und Baden-Württemberg, noch im Bund.
- Für einen gemeinsamen Kampf von SPD und Gewerkschaften gegen diese Regierung und die Unternehmer.
- Gegen materiell abgehobene Bürokraten in SPD und Gewerkschaften, für einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn für Funktionäre.
- Für eine sozialistische Politik gegen die Angriffe der Unternehmer (dazu auch auf Seite 2 *Unser Standpunkt: „Sozialistische Politik statt ‚Schweiß und Tränen‘“*).

Unser Standpunkt:

Sozialistische Politik, nicht „Schweiß und Tränen“!

Die Führer der SPD bieten der Kohl-Regierung an, bei der Lösung der wirtschaftlichen und finanziellen Probleme auf unsere Kosten mitzuhelfen. Björn Engholm versprach seine Unterstützung für eine Politik von „Schweiß und Tränen“. „Es werden tiefe Einschnitte in die bisherigen Gewohnheiten einer großen Zahl von Menschen notwendig sein.“ sagte er in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung*.

Die Hauptkritik der SPD-Führung an Kohl scheint darin zu bestehen, daß er nicht klar genug sagt, welche Opfer auf die arbeitende Bevölkerung noch zukommen. Ansonsten ist man zur Kooperation bereit – wie zum Beispiel im großen Ablenkungs- und Spaltungsmanöver Asyldebatte (siehe Artikel auf Seite 12).

Der SPD-Bundesgeschäftsführer Karl-Heinz Blessing übte sich in Ehrlichkeit und sprach auf dem diesjährigen Juso-Bundeskongress davon, daß die obere Hälfte der Bevölkerung, wenn nicht sogar die oberen zwei Drittel, für die „Kosten der Einheit“ zahlen müßten.

Zu diesen Aufforderungen zum Gürtel-enger-schnallen und der inoffiziellen Großen Koalition mit der Regierung kommt dann noch der Schluß der SPD-regierten Länder und Kommunen mit der Bundesregierung gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Für viele KollegInnen ist das Maß voll. Sie fragen sich, was ihnen die SPD überhaupt anbietet. Noch dazu wo sie selbst gemerkt haben, daß 12 Tage ÖTV-Streik die Kohl-Regierung stärker ins Wanken gebracht haben als 12 Monate SPD-„Oppositionspolitik“!

Logik der Marktwirtschaft

Auf die Forderung nach einer konsequenten Politik im Interesse der Arbeitnehmer und dem Hinweis auf die 680 Milliarden DM flüssiger Gelder auf den Konten der Unternehmer antwortete Blessing dem Juso-Bundeskongress, daß das ja im Prinzip richtig sei. Er erklärte jedoch auch, daß das Kapital nun mal mit Abwanderung in andere Länder droht, wenn hier die Steuerschraube angezogen wird.

Wenn man den Kapitalismus nicht in Frage stellt, muß man eben alles dafür tun, daß die Profite der Kapitalbesitzer gesichert werden. Diese Logik führte Dieter Spöri, SPD-Vertreter in der Großen Koalition von Baden-Württemberg, zu der Forderung nach Senkung der Spitzensteuersätze für Unternehmer um zehn Prozentpunkte – um den „Standort Deutschland“ zu sichern.

Dieselbe Logik steckt auch hinter der Kompromißbereitschaft der Führungen von IG Metall und ÖTV bei den diesjährigen Tarifabschlüssen. Unter dem Druck der Basis wird gekämpft, aber letzten Endes wird doch auf das „Gemeinwohl“ Rücksicht genommen.

Sozialistisches Programm

„Gemeinwohl“? In der Marktwirtschaft ist das Recht von Millionären auf ihr Privateigentum und die Vermehrung desselben heilig. Das Recht von Millionen auf Arbeit, Wohnung, saubere Umwelt und ein vernünftiges Leben ist dem untergeordnet. Um wirkliche Verbesserungen für die Masse der Bevölkerung durchsetzen zu können, müssen die Schalthebel der wirtschaftlichen Macht den Bossen aus den Händen genommen werden.

Wie anders kann erreicht werden, daß der Reichtum, der durch unsere Arbeit erwirtschaftet wurde, auch in unserem Interesse eingesetzt wird? Unternehmer lassen sich nicht zu gesellschaftlich sinnvollen, aber unprofitablen Investitionen (zum Beispiel im Umweltschutz oder für den Aufbau in Ostdeutschland) zwingen.

Nur wenn Banken, Versicherungen und die Schlüsselindustrien in Gemeineigentum überführt und demokratisch kontrolliert werden, gibt es eine Grundlage für die Überwindung der Krisen des Kapitalismus. Das Millionenheer der Arbeitslosen könnte sinnvolle Arbeit leisten anstatt für unnötige Kosten zu sorgen.

Wirtschaftsplanung gibt es heute bereits innerhalb der kapitalistischen Konzerne und in den Bereichen, die staatlich organisiert sind, zum Beispiel im Verkehrswesen. Sie ist bloß den Profitinteressen des Kapitals untergeordnet. Die gesamtwirtschaftliche Planung einer staatlichen Wirtschaft müßte flexibel auf die Interessen der Verbraucher und der Beschäftigten eingehen. Warum ist dies in Osteuropa gescheitert?

Es fehlte die demokratische Kontrolle. Die Erfahrung mit der Diktatur der stalinistischen Bürokratie im Osten, aber auch mit den Bürokratien in kapitalistischen Staatsbetrieben zeigt, daß wir eine völlig neue Art von Funktionen brauchen: Ohne Privilegien, mit einem durchschnittlichem Facharbeitereinkommen und jederzeitiger Wahl- und Abwählbarkeit.

Dies sind die Grundsteine für eine wirkliche Demokratie der Arbeitenden, die mit den stalinistischen Diktaturen in Osteuropa nichts gemein hätte. Die einzelnen Wirtschaftsbereiche würden durch gewählte Vertreter von Gewerkschaften und Belegschaften sowie Staatsvertreter demokratisch geplant werden.

SPD und Gewerkschaften sozialistisch erneuern

Mit diesem Programm tritt VORAN für die Erneuerung der Arbeitnehmerorganisationen ein. Wir brauchen eine konsequente Politik zur Verteidigung unserer Interessen. Das ist nur möglich, wenn der Kampf für eine andere, sozialistische Gesellschaft geführt wird und sich nicht auf das beschränkt, was im Rahmen der Marktwirtschaft machbar ist.

VORAN

ZUR
sozialistischen
Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften. Erscheint seit 1973.
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortliche Redakteurin: Angela Bankert.
Redaktionsanschrift:
VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Tel. 02 21/13 45 04, Fax 02 21/13 72 80.
Druck:
Blitz-Druck GmbH, Im Hesselbruch 16, 4300 Essen 11.
Bankverbindung:
Postgiroamt Essen, BLZ 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430.

Umwelt-Gipfel

Heiße Luft in Rio

Selbst Kohl, Töpfer oder Mölle-mann können inzwischen nicht mehr leugnen, daß die Umweltzerstörung existenzbedrohliche Ausmaße annimmt. Die Industriestaaten sind die Hauptproduzenten der Treibhausgase und die Hauptenergieverschwender.

Gleichzeitig beuten sie die ehemaligen Kolonialländer hemmungslos aus und finanzieren diverse Diktatoren und Kriege – was Flüchtlingsströme, Hungersnöte und verschärfte Umweltzerstörung auch in der „Dritten Welt“ zur Folge hat.

Die unternehmertrauen Politiker und die Großkonzerne sind die eigentlichen Verantwortlichen. Um davon abzulenken, stellt man sich am besten als Vorreiter in Umweltsachen dar. Das muß natürlich entsprechend bomba-

stisch-propagandistisch der ganzen Welt vor Augen geführt werden: Die Konferenz in Rio ist in erster Linie eine Selbstdarstellungsschau unserer selbsternannten Umweltschützer. Bezeichnenderweise wird in Rio für die 30.000 Delegierten, 5.000 Journalisten und ca. 180 Regierungsvertreter extra eine neue Stadtautobahn mitten durch Elendsviertel gebaut, um zehn Minuten vom Flughafen zum Veranstaltungsort zu sparen. Ob sie wohl auch an einen Sichtschutz gedacht haben, um die Armut zu verstecken?

Auf der Konferenz selbst wird vermutlich noch mehr heiße Luft produziert, als schon jetzt den Schornsteinen der Industrieländer und den großen Mäulern ihrer Regierungen entweicht. In der zu verabschiedenden Klimakonvention wurden zur Sicherheit alle konkreten Maßnahmen ausgeklammert.

Anscheinend ist den hohen Herren das Thema zu brisant, um irgendwas konkretes zu beschließen, was sie doch nicht einzuhalten gedenken. Es könnte ja von der Umweltbewegung aufgegriffen werden und dann stände man ziemlich dumm da.

Das Hauptproblem für die Herrschenden ist ihr eigenes Wirtschaftssystem, der Kapitalismus. Es gibt ja viele gute Ideen, um die Umwelt zu entlasten: Verstärkter Einsatz erneuerbarer Energie, was gerade in den Ländern des Südens gut ginge; Schiene statt Straße; Müllvermeidung statt Export ... doch all das geht auf Kosten der Profite.

Eine ausführliche Darstellung der bisherigen Umweltpolitik der Kohl-Regierung, des weltweiten Standes der Umweltzerstörung und der Möglichkeiten, die Welt noch vor der Katastrophe zu retten, findet ihr in der neuen VORAN-Broschüre:

Ist die Umwelt noch zu retten?

Der sozialistische Ausweg

Preis: 4,— DM

Bestellungen gegen Vorkasse bei der Redaktion zuzüglich 2,- für Porto und Verpackung (kann in Briefmarken beigelegt werden).

Giftmüllexport in die „Dritte Welt“

Folgendes „Lösungsvorschlag“ zum Thema Umweltschutz machte der stellvertretende Präsident der Weltbank (Wir zitieren aus einem Artikel aus der *Süddeutschen Zeitung* vom 6.2.1992):

„Der Weltbank-Abteilungsleiter für Wirtschaftspolitik, Lawrence Summers, hat sich in einem internen Vermerk für Giftmüllexporte der Industriestaaten in die Dritte Welt ausgesprochen ... Wenn beispielsweise eine Substanz Prostatakrebs auslösen würde, sei die Besorgnis in Staaten natürlich viel größer, in denen die Überlebenschancen höher seien als in Ländern, wo die Kindersterblichkeit bei 200 Kinder pro 1000 Neugeborenen liege. Es sei ausgesprochen ‚traurig‘, schrieb der stellvertre-

tende Weltbankpräsident, daß einige ‚schmutzige Industrien‘ nicht in die Entwicklungsländer ‚transferiert‘ werden könnten ... Einige afrikanische Staaten seien im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung zu wenig verschmutzt, hieß es in der Studie. Dies müsse die Weltbank in ihrer zukünftigen Politik berücksichtigen.“

Die Logik dieser Politik: Je höher die Kindersterblichkeit, desto mehr Giftmüll kann dorthin exportiert werden. Wer versucht seinem Schicksal in den Müllimportländern zu entfliehen, wird als Wirtschaftsflüchtling und „Scheinasylant“ wieder abgeschoben. Am preiswertesten mit der nächsten Ladung Giftmüll!

Berliner Kommunalwahlen vom 24. Mai

Große Koalition verliert gegen Nichtwähler

Da den Bezirken, obwohl jeder eine Großstadt für sich, nur wenig Kompetenzen zukommen, ist das wichtigste am Wahlergebnis das Urteil der Wähler selbst. Die Wähler bekräftigten das Wahlergebnis der Abgeordnetenhauswahl 1990: Keine große Koalition, sondern eine Mehrheit für SPD, Grüne/Alternative Liste/Bündnis 90 und PDS.

Die CDU kam stadtweit auf 27,5 Prozent, die FDP auf 4,8 Prozent – zusammen also 32,3 Prozent für die Bonner Regierungsparteien. Stärkste Partei wurde die SPD mit 31,8 Prozent. Sie konnte im Vergleich zur Abgeordnetenhauswahl 1990 1,4 Prozent zulegen, dennoch ist dies eine deutliche Wahlschlappe, wenn man bedenkt, daß die CDU um 12,9 Prozent absackte.

Stimmabgabe gegen Große Koalition

Insgesamt gab es ein deutliches Mißtrauensvotum gegen SPD und CDU, die in Berlin seit 1990 gemeinsam in der großen Koalition regieren. Damals hatten sie gemeinsam noch 70,8 Prozent der gültigen Stimmen (78,5 Prozent im Westen; 57,1 Prozent im Westen), heute sind es nur noch 59,3 Prozent.

Bezieht man die Nichtwähler mit ein, wird das Bild noch deutlicher: eine Million der über 2,5 Millionen Wahlberechtigten haben nicht gewählt, während SPD und CDU zusammen nur 900.000 Stimmen bekommen haben (gerade 36 Prozent aller Wahlberechtigten)!

Vor allem in den ArbeiterInnenvierteln des Westens, ursprünglich SPD-Hochburgen, verlor die SPD dramatisch. In Neukölln sackte sie um 6,7 Prozent auf 32,6 Prozent ab, im „Roten Wedding“ verlor sie 8 Prozent und landete bei 39,5 Prozent. In Spandau rutschte sie sogar um 13,9 Prozentpunkte auf 41,4 Prozent ab.



Rep-Gewinne

Gerade in diesen Bezirken legten die Reps deutlich zu: In Neukölln erreichten sie 12,8 Prozent, in Wedding 14,4 Prozent und Spandau 10,3 Prozent. Ihnen gelang es, gerade die Schichten von ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen anzuziehen, die besondere Angst vor Arbeitsplatzverlust, hohen Mieten und sozialem Abstieg haben.

Der Osten bleibt rot!

SPD und PDS haben in Ostberlin zusammen wieder über 60 Prozent der Stimmen eingefahren. Die SPD wurde in fünf, die PDS sogar in sechs Ostbezirken stärkste Partei. Zählt man noch die 12,6 Prozent von Bündnis 90/Grünen dazu, kommen die im weitesten Sinne linken Parteien auf zusammen fast 75 Prozent: eine schallende Ohrfeige für die Große Koalition und für das Fehlurteil, daß die „Ossis“ wegen ihrer Erfahrung mit dem Stalinismus grundlegend antisozialistisch eingestellt seien und in der Krise nach rechts gehen würden.

Viele haben die PDS gewählt, weil sie sie als die Partei sahen, die sich am

offensivsten für die sozialen Belange der Ostdeutschen einsetzt. Auch wird mit der zunehmenden Desillusionierung durch den Kapitalismus mehr Menschen bewußt, was sie an sozialer Sicherheit verloren haben.

Mit DDR-Nostalgie, wie die bürgerlichen Medien verunglimpfend meinen, hat das wenig zu tun. Die wenigsten PDS-Wähler wollen Honecker und den Stalinismus zurück. Aber die meisten wollen wohl auch etwas anderes als den real existierenden Kapitalismus.

Die bürgerlichen Parteien bekamen im Osten einen Platzverweis: Die CDU wurde mit 14,3 Prozent zur Randpartei degradiert und der FDP wurde der Eintritt in die 11 Bezirksverordnetenversammlungen gänzlich verwehrt. Die Reps erhielten 5,4 Prozent – halb so viel wie in den Westbezirken – und zogen damit in 9 der 11 Bezirksverordnetenversammlungen ein. In Lichtenberg fehlten ihnen 4 Stimmen und in Trep-tow scheiterten sie mit 4,9 Prozent.

Thomas Berger, Berlin
Jungsozialist

Zu den Lehren aus den
Berliner Wahlen
siehe Seite 12

Der neue Gesetzentwurf zur Abtreibungsregelung

Zwangsbberatung - ohne uns!

SPD- und FDP-Fraktion im Bundestag haben sich im Bereich der Abtreibungsregelung geeinigt. Auch Abgeordnete vom Bündnis 90/Grüne und sogar einige CDU-Frauen haben den Gruppenantrag unterschrieben. Was hat es mit dem neuen Entwurf, den Inge Wettig-Danielmayer (SPD) als „vernünftigen Kompromiß“ bezeichnet, auf sich?

In den alten Bundesländern gilt bis jetzt das sogenannte Indikationsmodell. Abtreibung ist nur in bestimmten Notlagen erlaubt, die ein Arzt/eine Ärztin bescheinigen muß. In der ehemaligen DDR besteht die sogenannte Fristenlösung: In den ersten 12 Wochen ist ein Schwangerschaftsabbruch grundsätzlich straflos.

Bis Ende 1992 muß laut Einigungsvertrag eine einheitliche Regelung gefunden werden. Falls nicht, könnte die Regierung per einstweiliger Anordnung das Indikationsmodell für die gesamte BRD einführen. Deshalb macht sich bei vielen jetzt erst mal Erleichterung breit, daß dieser Rückschritt wohl vermieden werden kann. Auch das Bundesverfassungsgericht,

Aber die SPD hat weit nachgegeben: Der Antrag sieht zwar eine Fristenlösung bis zur 12. (in manchen Fällen bis zur 22.) Woche vor, aber die Frau muß sich vorher beraten lassen. Die Zwangsbberatung „... dient dem Lebensschutz durch Rat und Hilfe für die Schwangere unter Anerkennung des hohen Wertes des vorgeburtlichen Lebens und der Eigenverantwortung der Frau ...“. Der Strafrechtsparagraph 218 bleibt erhalten.

Im Gegenzug wurde vereinbart, daß die Frau „ihre Konflikte nicht offenbaren muß“. Aber warum sollte eine Frau überhaupt zur Beratung hingehen, wenn sie nicht vorhat, sich davon beeinflussen zu lassen? Und wenn sie

nicht hingeht, macht sie sich strafbar. Dann entscheidet ein Gericht darüber – von der „Eigenverantwortlichkeit der Frau“ ist dieser Entwurf weit entfernt.

Immerhin enthält der Antrag auch soziale Hilfen, allerdings treibt die „Vernunft“ des Kompromisses hier manchmal ziemlich seltsame Blüten: Verhütungsmittel sind kostenlos – bis zum 20. Lebensjahr. Diese Logik bleibt zumindest mir verschlossen. Etwa so: Mit 20 soll Frau entweder Geld verdienen, oder sie wird Hausfrau und kann dann ja ruhig Kinder kriegen, oder wie?

Ein anderes Problem zeigt sich beim Punkt „Recht auf einen Kindergartenplatz“, der ebenfalls im Entwurf steht: die Umsetzung. So etwas kann man zwar in ein Bundesgesetz reinschreiben, der Rest, sprich die Kosten, liegt bei den Ländern und Kommunen.

In Baden-Württemberg hätte die SPD vor kurzem Konsequenz beweisen können: Indem man bei den Koalitionsverhandlungen mit der CDU die Einrichtung ambulanter Abtreibungsmöglichkeiten durchgesetzt hätte (in anderen Bundesländern gibt es die schon lange). Aber „weil man sich in diesem Punkt mit Teufel nicht einigen kann“ (Uli Maurer, SPD-Landesvorsitzender), hat man ihn halt einfach weggelassen – in der Hoffnung auf das neue Gesetz.

Daß es auch anders geht, zeigen SPDlerInnen in den neuen Bundesländern. Die Frauen dort wissen, daß sie mit dem neuen Gesetz nur verlieren können. Mit Unterschriftensammlungen und anderen Aktionen machen sie klar, daß ihnen die selbsternannten Lebensschützer und der Paragraph 218 gestohlen bleiben können. Der „Lebensschutz“ mutet halt seltsam an, wenn gleichzeitig Kindertagesstätten geschlossen werden und so gerade alleinstehende Mütter gezwungen werden, ihren Beruf aufzugeben (falls sie nicht eh arbeitslos sind...) und von der Sozialhilfe zu leben.

Der Gesetzentwurf ist nicht dazu geeignet, ost- und westdeutsche Frauen im Kampf gegen den Paragraphen 218 zu vereinen. Das neue Gesetz soll noch vor der Sommerpause verabschiedet werden, wobei nicht sicher ist, was die Kirche und CSU/CDU-Rechte sich noch einfallen lassen, um den Entwurf zu kippen. Deshalb sollte die SPD sich von dieser Großen Koalition zur Abtreibungsfrage verabschieden und die vorhandene gesellschaftliche Mehrheit für das Recht auf Abtreibung mobilisieren. Erst wenn die Paragraphen 218/219 aus dem Strafgesetzbuch gestrichen sind und es eine ausreichende soziale Grundversorgung gibt, erst dann können wir von Selbstbestimmung reden.

Gisela Neunhöffer, Stuttgart
Jungsozialistin

Wir fordern:

- Weg mit dem §218. Kostenlose Verhütung und das Recht auf Abtreibung.
- Das Recht, unter menschenwürdigen Bedingungen Kinder zu kriegen.
- Flächendeckendes Netz von gut eingerichteten und personal gut ausgestatteten Kindertagesstätten zum Nulltarif.
- Einen garantierten Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz oder den vollen Lohn für alle.
- Abschaffung der Leichtlohngruppen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Einen Mindest-

einkommen für beide Geschlechter von 1800 DM netto. Rentengleichheit bei Witwen und Witwern.

- Verkürzung der Arbeitszeit auf 35-Stunden wöchentlich, als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung durch gleichmäßige Verteilung der Arbeit auf beide Geschlechter.
- Wahlweise für Vater und Mutter ein arbeitsfreies „Babyjahr“ bei voller Lohnfortzahlung.
- Billige Restaurants und Wäschereien von guter Qualität in allen Wohnvierteln, um Hausarbeit weitgehend überflüssig zu machen.

Fortsetzung von Seite 12

Nein zu Einwanderungsquoten

Die Arbeiterbewegung hat immer gut daran getan, sich jeglichem Spaltungsversuch zu widersetzen. Ihre größte Niederlagen fallen zusammen mit der größten Spaltung der Arbeiterklasse.

Traurige Beispiele sind die Spaltung der jugoslawischen Arbeiter in Serben, Kroaten, Slowenen, Albaner usw. oder die Spaltung zwischen Türken und Kurden oder die Spaltung in Protestanten und Katholiken in Nordirland. In der ehemaligen Sowjetunion schlagen sich Armenier und Aserbeidschaner den Schädel ein und die alten Verbrecher bleiben an der Macht.

Was uns bedroht sind die Ursachen für Flüchtlingsbewegungen. Ursachen sind Kriege, Hunger, Elend, Umweltkatastrophen. Selbst wenn es keinen einzigen Flüchtling auf der Welt gäbe, die Probleme müßten gelöst werden. Das Ozonloch läßt sich nicht per Bundestagsbeschluß an der Grenze abschieben, auch nicht mit einer Zweidrittel-Mehrheit.

Die Politik der Regierung und Industrie: Weiter Waffen exportieren an Diktaturen und in Krisengebiete, weiter die dritte Welt ausbeuten – und wenn es Probleme gibt, dann werden deutsche Soldaten geschickt. „Es wird in Zukunft nicht ausreichen, daß deutsche Truppen bei UNO-Einsätzen ganz ohne Gewehr auskommen. Das sage ich deutlich und klar.“ Außenminister Klaus Kinkel (FDP), SZ-Interview, 19.5.92. Das Ergebnis dieser Politik werden tote deutsche Soldaten und noch mehr Flüchtlinge sein.

Die Führung der SPD ist jetzt mit einer Grundgesetzänderung beim Asylrecht im Rahmen einer „europäischen Lösung“ einverstanden und spricht sich für Einwanderungsquoten aus. In der Vergangenheit hat sie eine Änderung des Artikel 16 immer abgelehnt. Jetzt gibt sie dem Druck des bürgerlichen Lagers nach.

Die Wahlergebnisse der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg sprechen eine klare Sprache. In beiden Fällen verlor die SPD massiv Wählerstimmen. In Schleswig-Holstein hatte sie die Asylbewerber mit einem landesweiten Stichtagverfahren diskriminiert. In Baden-Württemberg machte sie in Flugblättern die Ausländer mitverantwortlich für die Wohnungsnot.

Die SPD-Führung muß sich entscheiden: Entweder Kampf gegen Kohl und Kapital oder Kampf gegen Flüchtlinge.

Die Politik der SPD-Führung steht hier im genauen Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterklasse. Sie vertieft die Spaltung zwischen Deutschen und Ausländern, statt sie zu überwinden.

Sie lenkt den Blick ab von den Ursachen für die Probleme in unserer Gesellschaft, statt ihn dafür zu schärfen. Sie fördert die Illusion, daß durch solche Maßnahme irgendwelche Probleme gelöst werden könnten. Das Gegenteil wird der Fall sein.

Die USA z.B. haben ein Einwanderungsgesetz, an der Armutsgrenze zu Mexiko gibt es scharfe Kontrollen. Die jüngsten Unruhen haben der ganzen Welt die ungelösten Probleme in der amerikanischen Gesellschaft vor Augen geführt.

Es gibt noch andere Argumente, die gegen Einwanderungsquoten und eine Politik der geschlossenen Grenzen sprechen. Jede Grenze hat zwei Seiten. Wo man schwieriger reinkommt, kommt man auch schwieriger raus und umgekehrt. Es war fast unmöglich aus der DDR zu fliehen, es war aber auch mühsam hineinzukommen.

Die Arbeiterklasse hat kein Interesse daran, daß die Kohl-regierung entscheiden kann, wer ins Land kommen darf und wer nicht.

poten in den verschiedenen Republiken verteilt sind? Weil die Regierung auf diese Fragen keine Antwort weiß redet sie lieber über Einwanderungsquoten und Scheinasylanten.

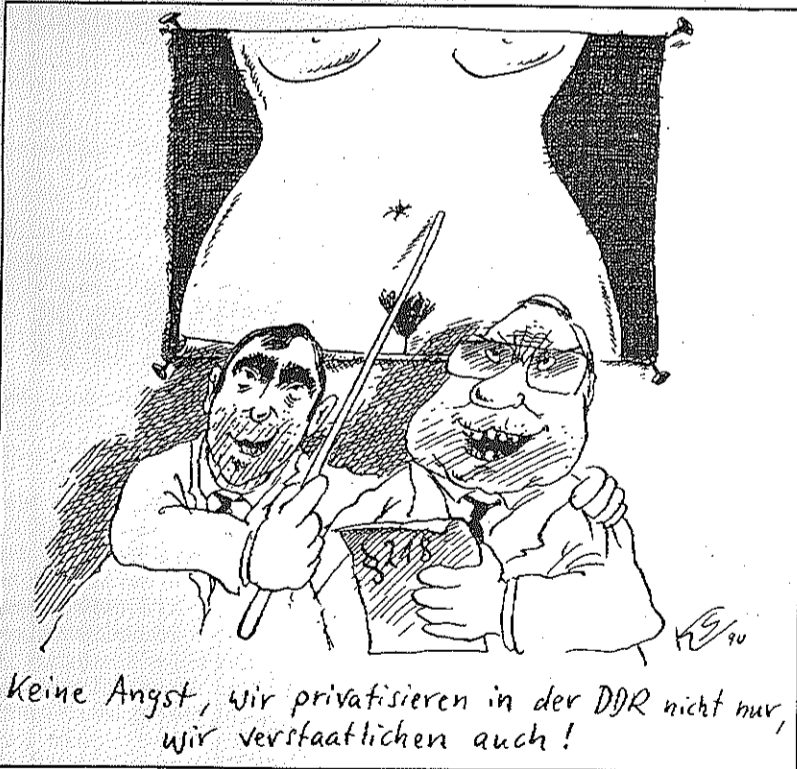
Der Stalinismus hatte diese Länder in eine Sackgasse geführt. Die Einführung des Kapitalismus ist eine Katastrophe. Es gibt nur einen Ausweg. Die Arbeiter müssen die Kontrolle über Wirtschaft und Gesellschaft übernehmen. Diejenigen, die alle Güter schaffen müssen demokratisch darüber entscheiden was und wie produziert wird.

Internationalismus gegen Nationalismus

Internationale Solidarität, die Einheit der Arbeiterklasse gegen ihre Unterdrücker ist kein ideeller Wert, sondern eine Notwendigkeit. 1984/85 wurde der Streik der britischen Bergarbeiter u.a. durch Kohlelieferungen aus der BRD unterlaufen. Seither haben zehntausende Bergarbeiter ihren alten Arbeitsplatz verloren, in Großbritannien und in Deutschland.

Der einzige Weg unsere Interessen zu verteidigen, ist der gemeinsame Kampf gegen alle Spaltungsversuche. Die Arbeiterbewegung hierzulande, SPD und Gewerkschaften, müssen die Arbeiterbewegung in anderen Ländern unterstützen. Dazu zählt der Kampf gegen Kohl und Kapital hier in Deutschland, der Erfahrungsaustausch zwischen Gewerkschaftern aus verschiedenen Ländern, der Kampf für die Freilassung politischer Gefangener in anderen Ländern und auch der Kampf gegen die Einschränkung der vollen Freizügigkeit und offene Grenzen.

Georg Kümmel, Aachen
Jungsozialist



Die Rolle des Bundesverfassungsgerichtes

Das Bundesverfassungsgericht (BVG) hat in die Regelung des Abtreibungsrechts schon einmal entscheidend eingegriffen. 1974 erklärten die acht RichterInnen die Fristenlösung „à la DDR“ für verfassungswidrig.

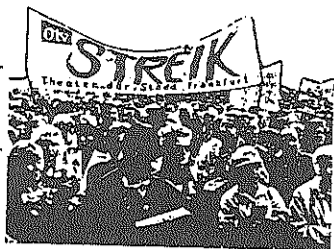
Die sozialliberale Koalition hatte das Gesetz beschlossen, CDU/CSU hatten Verfassungsklage erhoben. In ihrer Urteilsbegründung forderten die RichterInnen praktisch das Indikationsmodell.

Damals wie heute besteht dieses oberste Gericht aus sieben Männern und nur einer Frau, die sich gegen solche Übermacht nicht durchsetzen konnte.

Die RichterInnen des BVG werden je zur Hälfte von einer Bundestagskommission und vom Bundesrat gewählt. Üblicherweise wird dabei nach dem Parteienproporz verfahren, d.h. die Parteien können je nach ihrer Stärke im Parlament „ihre“ KandidatInnen durchsetzen. Das Mindestalter beträgt 40 Jahre, die Amtszeit 12 Jahre.



Ohne Einheit unmöglich: effektiver Kampf gegen die Bonzen und Spekulanten



IG Metall-Abschluß

Arbeitgeber angesägt

Die Tarifrunde 1992 ist vorbei. Von einem Lohndiktat kann keine Rede mehr sein. Für die Arbeitgeber der Metall- und Elektroindustrie muß es ein bißchen peinlich sein, 25 Millionen DM für eine Kampagne („Säge nicht am Ast“) ausgegeben zu haben und doch nicht die groß angekündigte Wend durchboxen zu können.

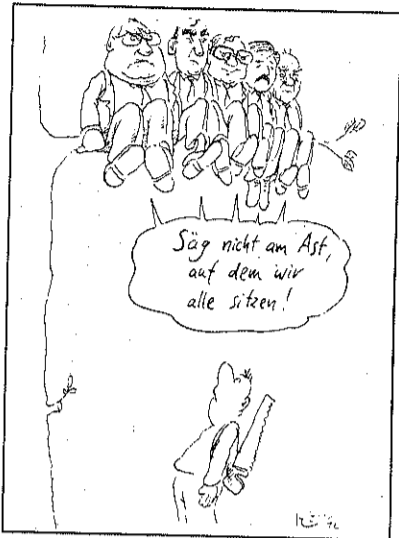
Es gibt überhaupt keinen Zweifel daran, daß die Metallarbeitgeber einen Streik wollten. Warum sind sie weich geworden? Ein Grund ist, daß sie die Stimmung unter den westdeutschen ArbeiterInnen total unterschätzt haben. Der ÖTV-Streik zeigte, welches Potential da war, und das wirkte als Anfeuerung für die Beschäftigten in anderen Branchen.

Noch ein Grund waren die politischen Konsequenzen eines Streiks. Großflächige Streiks, begleitet von Aussperrungen, hätten wegen der vorhandenen Streikbereitschaft der Gewerkschaftsmitglieder und der instabilen Lage der Koalition möglicherweise zu einem Sturz der Kohlregierung und zum Tod der Sozialpartnerschaft führen können.

Das Ergebnis von 5,4 Prozent plus die Erhöhung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes macht insgesamt 5,8 Prozent mehr in diesem Jahr. Die 1993 fällige Reduzierung der Arbeitszeit auf 36

Stunden (sie entspricht 1,77 Prozent mehr Lohn und Gehalt) ergibt rechnerisch insgesamt 4,8 Prozent - aber von der Arbeitszeitverkürzung kann keiner seine Miete bezahlen.

Blüm und Waigel verlangen neue Opfer und die Inflation wird weiterhin



mindestens 5 Prozent betragen. Schon 1992 hätten wir ungefähr 7 Prozent mehr gebraucht, um keinen finanziellen Verlust zu erleiden; in den nächsten zwei Jahren wird das nicht weniger sein.

Das Ergebnis bedeutet für 1993 einen kräftigen Reallohnverlust, der für

viele Kolleginnen und Kollegen verhängnisvoll sein könnte.

Der Abschluß wurde von einem großen Teil der Metalller mit Unmut aufgenommen. Die Erwartung der meisten KollegInnen lag bei über 6 Prozent und einer Laufzeit von 12 Monaten, nicht 21. Wir haben den Abschluß von 1984 noch in Erinnerung, in dem wir für drei Jahre abgeschlossen haben und kräftig über den Tisch gezogen worden sind.

Der Generalangriff der Arbeitgeber auf die Gewerkschaften wurde abgewehrt und für die meisten MetalllerInnen ist ein verkraftbares Ergebnis ohne Streik erzielt worden.

Aber mit Streik wäre wesentlich mehr drin gewesen. Und vor allem ist zu kritisieren, daß die IG Metall-Führung kampfflos die lange Laufzeit und die 3 Prozent für 1993 akzeptiert hat. Diese Kompromißbereitschaft ist nur dadurch zu erklären, daß nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Gewerkschaftsführung Angst vor dem Kampfeswillen der Metalller hatte.

Dieses Jahr war die Drohung eines Metalllerstreiks eine große Stütze für die anderen Gewerkschaften. 1993 wird die ÖTV wieder Vorreiter sein müssen und weitgehend alleine dastehen, mit den 3 Prozent im Metallbereich als Vorgabe.

Stuart Garvie, IG Metall Betriebsratsvorsitzender Köln

IG Medien-Abschluß

Relative Zufriedenheit

Gejubelt hat wohl kaum eine Kollegin über den Kompromiß in der Druckindustrie. Doch Unzufriedenheit wie im Öffentlichen Dienst gab es kaum.

Hauptgrund für die relative Zufriedenheit ist der Metallabschluß, besser



Warnstreik bei AEG in Regensburg

der Unterschied zwischen diesem und dem der Druckindustrie.

Nachdem die IG Metall-Führung den Unternehmern die 21monatige Laufzeit zum Geschenk gemacht hatte, wollten Druckunternehmer die lange Laufzeit auch in Ihrem Bereich durchsetzen. Die KollegInnen waren jedoch durch den Metall-Kompromiß aufgeschreckt. Während der Warnstreiks wurde durch Diskussionen und Transparente klargemacht, daß die Basis der IG Medien keine 21 Monate schlucken würde.

Die Verhandlungskommission hat diese Botschaft verstanden und ist in dieser Frage hart geblieben. Vor diesem Hintergrund war den KollegInnen

auch klar, daß die IG Medien bei den Prozenten Abstriche machen würde (ursprüngliche Forderung 11 Prozent, inoffizielles Ziel 7 Prozent). Dies steckt in der Logik deutscher Gewerkschaftspolitik: Nach der verpassten Chance eines gemeinsamen Kampfes der großen Gewerkschaften erwarteten die Mitglieder der kleinen, „radikalen“ IG Medien nicht, daß ihre Führung allein in die Offensive geht und durch Streik einen Abschluß durchgesetzt wird, der netto deutlich über der Priessteigerungsrate liegt.

Die KollegInnen waren kampfbereit, doch in ihren Augen hat die IG Medien-Führung nicht den Schwarzen Peter wegen Zurückweichen vor dem Kampf. Diese Verantwortung dürfen sich IG Metall- und ÖTV-Führung teilen. Die Beschäftigten der Druckindustrie können mit den 5,8 Prozent bei 12 Monaten Laufzeit leben. Der Abschluß war mal wieder besser als in anderen Branchen und wurde ohne großen Arbeitskampf erreicht. Zwei Tage Warnstreiks waren die längsten Aktionen.

Die Arbeitgeber sahen in der Tarifrunde auch einen allgemeinen politischen Kampf. Sie erwogen, endlich einmal die Mediengewerkschaft „in ihre Schranken zu verweisen“ und keine Zugeständnisse zu machen. Doch letztendlich setzte sich der Wunsch, in Ruhe Geld zu verdienen durch - die finanzielle Lage der Druckindustrie ist trotz allen Gejammers noch immer ganz gut. Der Ausgang eines provozierten Streiks war den Unternehmern offenbar zu ungewiß. Nach langer Diskussion stimmten sie dem Schlichterspruch zu. Teile der Unternehmer waren jedoch schon dieses Jahr bereit, die Tarifwende aggressiv durchzusetzen.

Claus Ludwig, Bremerhaven Jungsozialist und IG Medien-Jugendvertreter

„Die zweite Hälfte der 80er Jahre war eine Zeit ungewöhnlicher Zurückhaltung bei den Löhnen. Im Austausch gegen Arbeitszeitverkürzung bremsten die Gewerkschaften ihre Lohnforderungen. Im Nachhinein ist klar, daß sie die Kosten der Arbeitszeitverkürzung überschätzt haben. Infolgedessen sank der Anteil der ArbeitnehmerInnen am Volkseinkommen im Vergleich zum Kapital auf das Niveau der frühen 70er Jahre. Die Streiks sind teilweise ein Versuch der Arbeiter, ihren Anteil zurückzubekommen.“ (Financial Times, 8.5.1992)

Berlin

„Schluß mit der Tarifspaltmauer“

„Wir waren heute morgen alle stinkesauer“ - eine Krankenschwester des Moabiter Krankenhauses. „Ich bin jetzt 20 Jahre in der ÖTV, wer weiß wie lange noch?“ - ein Müllmann.

Diese oder ähnliche Stimmen kann mensch nach dem Tarifabschluß der ÖTV bei den Berliner KollegInnen hören. Nach elf Tagen Streik ein Ergebnis, welches fast haargenau dem Schlichterspruch entspricht. Dabei sind gerade die Berliner KollegInnen entschlossen in den Streik getreten - 90 Prozent stimmten bei der Urabstimmung für den Streik. Und hier hatte er auch begonnen. 17.500 Beschäftigte der Berliner Verkehrsbetriebe legten am ersten Arbeitskampftag den öffentlichen Nahverkehr im Westteil der Stadt lahm.

Als Monika Wulf-Mathies KollegInnen im Wedding Betriebshof besuchte, wurde ihr die Parole „Monika bleib hart - 9,5 %“ mit auf den Weg gegeben. Die Kundgebung des Berliner DGB zum 1. Mai geriet dieses Jahr weitaus kämpferischer und stand ganz im Zeichen der Tarifrunde.

War Berlin von der ersten Streikwoche nur sporadisch betroffen, so breitete sich der Streik in der zweiten Woche aus. Besonders empfindlich traf die Stadt die Stilllegung der Flughäfen Tegel und Tempelhof. Auch die Beschäftigten der Ostberliner Verkehrsbetriebe schlossen sich spontan dem Streik an.

Daß Innensenator Heckelmann gegen diese „rechtswidrigen“ Solidaritätsstreiks der OstarbeiterInnen rechtliche Maßnahmen ankündigte, verwundert nicht. Wohl verwundert viele OstarbeiterInnen, daß der Berliner ÖTV-Vorstand ängstlich darum bemüht war, die KollegInnen wieder zur Arbeit zu bewegen und sie auf ihre nachfolgenden Tarifverhandlungen zu verströmen.

„Schluß mit der Tarifspaltmauer“ und „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ stand auf den Plakaten der ArbeiterInnen des Lichtenberger Betriebshofes (Ostberlin).

Statt diese Initiative der streikenden Ostberliner KollegInnen aufzugreifen und die offensichtlich vorhandene Kampfbereitschaft der KollegInnen der Ostler mit in die Waagschale zu werfen, blockte der ÖTV-Vorsitzende mit net-

ten Worten ab und gab keine gewerkschaftliche Rückendeckung für die Aktion.

Solcherart alleingelassen waren die ArbeiterInnen nunmehr den Drohungen ihres Betriebsleiters ausgesetzt. Obwohl viele zum Weiterstreiken am nächsten Tag bereit bereit gewesen waren, mußten sie sich doch der Allianz von Gewerkschaftsführung und Arbeitgeber beugen. Dabei war die Friedenspflicht bereits abgelaufen und der Zeitpunkt für Berlin-weite Streikaktionen außerordentlich günstig. Zur gleichen Zeit begannen Warnstreiks von IG Medien und IG Metall.

Bemerkenswert war die breite Zustimmung in der Bevölkerung, die ge-

rade in Berlin die Folgen der unsocialen Kürzungspolitik der Regierung nebst großer Koalition zu spüren bekommt. Es stimmt also nicht, daß nicht mehr herauszuholen gewesen wäre.

Trotz aller Enttäuschung über den Abschluß vor allem bei den KollegInnen im Ostteil haben viele ArbeitnehmerInnen die Notwendigkeit harter gewerkschaftlichen Kämpfe erkannt. Viele haben aber auch erkannt, daß sie ihre Gewerkschaften verändern müssen und daß die volle Kampfkraft nur dann mobilisiert wird, wenn Ost und West gemeinsam kämpfen.

Uwe Nawrot, Berlin Jungsozialist

Streik in Kölner Kindertagesstätten

Interview mit der Kölner Erzieherin Uschi Krach am 6.5.92, dem letzten Tag des Streiks in den Kindertagesstätten. Sie war in der Streikleitung des Kita-Bereichs, Bezirk Innenstadt. Fiz Garvie stellte die Fragen für VORAN.

VORAN: Was glaubst Du, was heute abend angeboten wird, oder was würden deine Kolleginnen als Mindestangebot akzeptieren?

Uschi: Also von den Kolleginnen her würde ich sagen, daß das Angebot über dem Schlichterspruch liegen muß, das heißt nicht weniger als 5,4 Prozent. Ich denke, wir haben nicht für den Schlichterspruch gestreikt, sondern ganz klar für mehr. Wir haben seit Jahren immer zurückgesteckt, immer einen Kompromiß gemacht und damit ist jetzt endgültig Schluß. Wir haben 18 Jahre lang geduldig unseren Buckel hingehalten und jetzt reicht's.

Es war für Euch der erste Streik. Was war für Dich das Wichtigste daran?

Als ich erfahren habe, daß ich in der betrieblichen Streikleitung bin, war mein erster Gedanke „Oh meine Güte, soviel Verantwortung!“. Ich hatte richtig Angst gekriegt, für 80 bis 85 Kolleginnen die Verantwortung zu tragen und habe schlecht geschlafen. Und seit letztem Mittwoch, seitdem ich das weiß, bin ich auf der Arbeit etwas unruhig gewesen. Ich bin aber eigentlich



7000 ÖTV-lerInnen auf einer Kundgebung in Köln am 6. Mai

nicht enttäuscht worden. Ich habe an diesem Tag versprochen, oder meine Hand dafür ins Feuer gelegt, daß 10 Einrichtungen schließen. Es war damals klar, daß 8 zumachen würden. Wir haben dann also versucht, die anderen Einrichtungen noch dazu zu gewinnen und ich konnte am nächsten Tag meiner Streikleitung melden, „Wir machen nicht 10 Einrichtungen zu, mein Versprechen kann ich nicht halten, wir machen 14 zu!“ Danach ging es mir schon besser, und als ich den ersten Streiktag

hier mit meinen Kolleginnen aus der Streikleitung überstanden und gesehen habe, wie diszipliniert, wie geduldig, ja wie motiviert die Kolleginnen waren, habe ich mir eigentlich keine Sorgen mehr gemacht. Und es wurde immer besser, diese Solidarität untereinander-Leiterinnen, gemeinsam mit Kinderpflegerinnen und Erzieherinnen, alles hing hier zusammen, nach einer Weile wurde sich geduzt. Und ich denke, daß diese drei Tage für uns, für unseren Bereich, sehr, sehr wichtig waren: zu spü-

ren, wir sind wer, wir sind doch eine Kraft, die etwas in Bewegung setzen kann. Und ich hoffe, da es doch so kurz war, daß es Auswirkungen hat.

Auf der Kundgebung vom 6. Mai sagte eine Erzieherin zu VORAN:

Mir ist aufgefallen, daß es in der ÖTV eine Lobby gibt. Die Müllabfuhr streikt durch, die KVB (Kölner Verkehrsbetriebe) auch, aber wir in den sozialen Bereichen sollen Kontinuität in der Streikwoche zeigen. Ich hätte es durchgezogen bis Freitag. Ich sehe jetzt die Eltern auf mich zukommen und muß ihnen erklären, es könne nächste Woche weitergehen. Nur mache ich mich dadurch selbst unglaubwürdig. Die Mitglieder hier hätten gefragt und nicht einfach dirigiert werden sollen. Das ist Demokratie auch in der ÖTV.

Es war von vorne herein absehbar, daß wir nur drei Tage streiken. Aber ich danke mir, so ein Streik läßt sich nicht vorher planen. Und erst heute abend wird verhandelt. Ich denke jede ist so solidarisch und kooperativ, daß man abends Rundrufe macht und sagt, „komm, das Ergebnis ist nicht akzeptabel, wir streiken weiter“, und nicht warten, bis die Urabstimmung kommt und dazwischen noch arbeiten. In jedem Bereich hätte es Telefonketten gegeben. Erst mit uns gehen, denn wir sind die ÖTV nicht nur die Parteimänner oder die Generalsekretäre.



Azubistreik in Stuttgart

Sturm auf's Rathaus

200 streikende Azubis des öffentlichen Dienstes versammelten sich am 5. Mai um 7.30 Uhr in der Innenstadt Stuttgarts. Die ersten zwei Stunden standen sich die streikenden Azubis die Beine in den Bauch. Als sich die ersten Gedanken darüber machten, ob sie schon gehen sollten, kam von verschiedenen Seiten der Vorschlag, eine Spontandemo zu machen.

Konkret hieß das: Marsch auf's Rathaus. Schnell stieg die Stimmung: Parolen wurden gerufen und es wurde jede Menge Krach gemacht: „Azubis und Azubiinnen wollen endlich mehr verdienen“, „Herrn Mölleman und seinem Clan einen Eimer Sagrotan“ oder „Bei Diäten sind sie fix, für die Löhne tun sie Nix“ skandierten die Krankenpflegeschüler und die anderen Azubis.

Vor dem Rathaus angekammert, forderten die Streikenden lautstark eine

Stellungnahme von Oberbürgermeister Rommel. Pfortner, Polizei und Bürgermeister heizten die Stimmung nochmals an, indem sie erstmal alles dichtmachen wollten. Die Azubis waren sich schnell einig: „Wenn Rommel kommt, dann bleiben wir, kommt er nicht, dann kommen wir“. Da es ganz so aussah, als ob die „Meute“ die Barrikaden oder zumindest das Rathaus stürmen wollte, gaben die Krawattenmenschen klein bei und öffneten die Tür.

Im Saal des Gemeinderates stellte sich SPD-Bürgermeister Lang. Als SPD-Mitglied fällt es schwer in Worte zu fassen, was sich dann abspielte. Das erst, was SPD-Bürgermeister Lang von sich gab war: „In meiner Eigenschaft als Gemeinderat stehe ich nun mal auf der Arbeitgeberseite und kann mich daher natürlich nicht mit Eurem Streik solidarisieren“.

Viel mehr wollte der SPD-Vertreter gar nicht sagen und drängte nur, daß die Azubis schnell wieder den Saal verlassen. Damit gaben sich zwei Jusos jedoch nicht zufrieden. Sie wiesen darauf hin, daß Stuttgart nicht in allem Spitze sein kann: Spitze im Auto- und Straßenaufbau, Spitze in den Hotelbauten, Spitze im Sozialabbau ... Bürgermeister Lang konterte darauf gekonnt (sinngemäß): „Ich stehe nun mal auf der Arbeitgeberseite, bin Mitglied vom Arbeitgeberverband und wäre kein guter Sozialdemokrat, wenn ich meine Pflicht nicht erfüllte. Dies ist meine Überzeugung und es ist gut, wenn es noch Menschen gibt, die noch eine Überzeugung haben.“ Unter Pfiffen und Buh-Rufen verließ er den Saal.

Aron Amm, Ralf Schumann, Jungsozialisten aus Stuttgart

Im Anschluß an den „Marsch auf's Rathaus“ hatte ein Voranunterstützer die Gelegenheit, mit Boris Braun, Gesamtjugendvertreter der ÖTV-Jugend Stuttgart zu sprechen.

Voran: Boris, wie schätzt Du die Stimmung der streikenden Kolleginnen derzeit ein?

Boris: Die Stimmung und Streikbereitschaft ist hervorragend. Ich denke, daß daher der Schlichterspruch bei den morgigen Verhandlungen nicht durchkommen wird.

Hältst Du es für realistisch, daß die geforderten 9,5 Prozent durchkommen?

Nein. Der Schlichterspruch wird wie gesagt wohl nicht akzeptiert werden, aber über 6,5 Prozent werden die ÖTV-Vertreter nicht gehen. Ich schätze, das Ergebnis wird zwischen 5,8 Prozent und 6,5 Prozent liegen.

Der SPD-Gemeinderat Lang hat eben zu den Streikenden gesagt, daß 9,5 Prozent nicht finanzierbar wären. Wie denkst Du darüber?

Die Gemeinden müssen sich zunächst einmal die Prestigeprojekte abschminken, dann ist genug Geld da.

(...)
Was erwartest Du von der Gewerkschaftsführung?

Nicht viel. Ich halte den Gewerkschaftsapparat für viel zu hierarchisch. Die Gewerkschaftsspitze hat kein Interesse an einer Verlängerung des Streiks.

Eben habe ich den SPD-Gemeinderat Lang erwähnt, der hier in Stuttgart auf der Arbeitgeberseite steht. Die Kolleginnen waren mit seinem Standpunkt äußerst unzufrieden. Was erwartest Du von der SPD?

Die SPD ist nicht besser als die CDU. Sie stellt zur Zeit keine Arbeitervertretung dar. Es wäre notwendig, daß sie sich wieder auf ihre alten Traditionen zurückbesinnt und die Gewerkschaften in ihren Forderungen voll unterstützt. Sie braucht wieder ein eigenes Profil – anders als die CDU.

Was sollte die SPD konkret unternehmen?

Sie sollte massiv an die Industrie ran und völlig unnötige Subventionen beispielsweise für die Weltraumforschung kürzen.

Denkst Du, daß es möglich sein wird, in den nächsten Wochen mit der IG-Metall gemeinsam zu streiken?

Ich denke, die Streikenden wollen das, aber die Führungsspitze der Gewerkschaften nicht.

Wie denkst Du über die Zukunft?

Die Auseinandersetzungen werden sicher schärfer werden. Was nötig ist, wäre ein Umverteilung von oben nach unten.

Wie soll die aussehen?

Die Unternehmer haben 600 Milliarden DM auf der hohen Kante. Da müssen wir ran.



Demonstration der Studentinnen vor dem Aachener Rathaus

Wie Bitte? – Sie kennen die Basis noch nicht?!

In den ersten 2-3 Streiktagen hätten die Kolleginnen und Kollegen das Erreichen des Schlichterspruchs noch als Erfolg angesehen.

Doch danach kam es, wie es kommen sollte: Die Stimmen erhoben sich und wurden lauter, und die Forderung der Basis wurde vom Vorstand unterstützt: „Wir werden uns mit dem Schlichterspruch nicht mehr zufrieden geben. Das nächste Angebot muß deutlich über dem Schlichterspruch liegen!“ So unsere Vorsitzende Monika Wulf-Mathies.

Und die Basis applaudierte, dachte sie sich doch gut verstanden und vertreten! Standen sie doch schon seit Tagen bei Wind und Wetter vor den Betrieben und Streiklokalen im Streik!

Wie meinte da noch gleich ein Kollege bei lautem Beifall der Anwesenden? „Jeder Streiktag kostet den Arbeitgeber ein Prozent!“ Der Streik. Er brachte die Arbeitnehmer aus allen Teilen und Bereichen wieder näher, hatten sie doch alle ein gemeinsames Ziel und Interesse, die Unterschiede zwischen Arbeiterinnen und Arbeitern, Angestellten und Beamten waren wie weggeblasen.

Viele Unorganisierte bemerkten auf einmal, was es bedeutet, eine Gewerkschaft hinter sich zu haben.

Und dann? Ja, dann kam der Mittwoch!

Mittwoch der 6. Mai 1992: alle waren sich einig: Es muß mehr sein als der Schlichterspruch! Zumindestens war man sich an der Basis einig!

Die Funktionäre des Vorstandes und der Großen Tariffkommission wußten anscheinend nichts davon. Haben diese

doch nach nur einen Tag später die Empfehlung zur Annahme des neuen Angebotes der Arbeitgeber ausgesprochen!

„Und dafür haben wir 12 Tage lang gestreikt?“ fragen sich die Kolleginnen und Kollegen zu Recht.

NEIN! Der Streik an sich – und so fair sollte man es sehen – war völlig in Ordnung! Aber enttäuscht – gar sauer – war sie. Die Basis! Und das zurecht. Hat sie das Ergebnis doch erst aus den Medien erfahren und noch zu einem Zeitpunkt, wo so keiner damit gerechnet hatte.

18 Jahre lang wurden der Basis die Ergebnisse „erläutert und erklärt“. 18 Jahre lang „mußten“ sie akzeptieren, was die Große Tariffkommission abstimmt. Aber diesmal hatte die Basis das Wort, das Votum!

Aber auch dies nahmen die Funktionäre im Vorstand und in der Großen Tariffkommission wohl anscheinend nicht so ganz wahr. Oder kannten sie etwa gar die Basis noch nicht?

Schließlich hielt man es nicht einmal für nötig, den Kolleginnen und Kollegen eine Chance zur Diskussion und zum Vergleichen zu lassen.

Nein – da wurde verkündet – und zugleich „schmackhaft“ gemacht! Aber die Kolleginnen und Kollegen sind nicht naiv. Sie konnten sich selber ausrechnen, was im Portemonnaie verbleibt – wissen, welche Forderungen den Angeboten und dem Schlichterspruch entgegenstand. Und dieses Ergebnis schauten sie sich genau an: 5,4 Prozent mehr, plus ein paar gequetschte

Aachen

Streik im Studentenwerk

In der Urabstimmung beim Studentenwerk Aachen stimmten 96,8 Prozent der Organisierten (weit über 94 Prozent der Beschäftigten sind im Studentenwerk Aachen in der ÖTV organisiert) für Streik. In der kampferfahrenen Belegschaft des Studentenwerk war das „Faß zum Überlaufen“ gekommen!

Die Finanzierung der sogenannten „neuen Bundesländer“, die Steuer- und Sozialabgabehöhen, die miserablen Arbeitsbedingungen im Studentenwerk und nicht zuletzt das Verhalten der Seiters und Kohls im Auftrag des Kapitals waren die Auslöser für dieses Urabstimmungsergebnis. In der Nacht vom 26.4.1992 auf den 27.4.1992 riegelte die Streikleitung im Studentenwerk Aachen sämtliche Gebäude mit Streikposten ab. Als gegen fünf Uhr morgens die ersten Kolleginnen und Kollegen eintrafen, erklärten diese sich sofort bei der lokalen Streikleitung bereit, Streikposten und Streikhelfer zu stehen. Die roten „Kampffackeln“ mit der Aufschrift „ÖTV – Wir streiken“ gingen weg wie warme Semmeln.

Am Dienstag, den 28.4.1992 zogen dann ca. 280 Studentinnen in Richtung Rathaus, um mit Oberbürgermeister Linden über dessen Ansichten zum Streik zu diskutieren. Entscheidend waren ja für diese Streikenden nicht nur allein die Lohnprozente, sondern der politische Hintergrund. Wir haben erkannt, daß man uns als GewerkschafterInnen seitens der Regierenden in Bund und Land sowie seitens des Kapitals das Rückgrat brechen will.

So zogen wir dann mit folgenden Slogans zum OB:

„Hier schwebt der Geist von Kanzler Kohl, außen schwarz und innen hohl!“, „Wer reißt bei Flick jetzt eine Lücke, Graf Lambsdorff diese Silberkrücke.“ „Ene mene Miste, Kohl in die Kiste; ene mene Muh, mach die Kiste zu, ene mene Mause Spreck, werf die Kiste weg!“

Und immer wieder erscholl das Kampflied der Studentinnen: „Wir streiken und das ist sicher, und wenn der Kohl auch jetzt da oben explodiert! Unsere Löhne werden wir er-

kämpfen, das haben wir in diesen Tagen hier kapiert!“. Wir sind dann ins Rathaus gegangen und haben den OB aufgefordert, sich für unsere Interessen verwenden zu wollen.

Es folgten weitere sieben Demozüge durch die Stadt, unter anderem zum Klinikum Aachen, zur Aachener Bundespost, zu einer Kundgebung der ÖTV Aachen und zu den Kolleginnen der Verkehrsbetriebe.

Die Stimmung wurde von Tag zu Tag besser. Auch die Nichtorganisierten beim Studentenwerk Aachen reiheten sich teilweise in die Streikfront ein, so daß an verschiedenen Tagen bis auf wenige Kolleginnen und Kollegen fast 300 der 315 Beschäftigten im Ausstand waren. Es trafen 15 Resolutionen ein. Konkrete Streikunterstützung erfolgte durch die Aachener Jusos, durch einige Fachschaften und durch die Linke Liste. Die Jusos standen sogar mit Streikposten.

Allerdings kam dann in der Nacht vom 7. auf den 8. Mai 1992 die Hiobsbotschaft, daß der Streik ausgesetzt sei und der geschäftsführende Hauptvorstand sowie die Tariffkommission sich auf das Schlichtungsergebnis einlassen wollten, obgleich die „große Vorsitzende Monika“ noch zu Streikbeginn getötet hatte, daß es jetzt wieder um alles ginge (ca. 10 Prozent). Gegen 20.00 Uhr kam die Weisung, sofort die Streikposten zurückzuziehen. Wir sind dieser Weisung nicht gefolgt und haben noch bis 0.00 Uhr Streikposten gestanden.

Bei den Kolleginnen und Kollegen baute sich Wut gegen den Hauptvorstand und besonders gegen Monika auf. Bei der zweiten Urabstimmung, wo über 80 Prozent der streikenden Studentinnen mit „Nein“ stimmten, kam diese Wut zum Ausdruck. Und diese Wut hält an! Wir haben in diesem Vollstreik gelernt, daß es geht. Wir können die „Geier“ vertreiben, wenn wir nur wollen. Dafür brauchen wir jedoch kämpfende Gewerkschaften und keine „Sozialpartner“. Wer kämpft, der kann gewinnen! Oder aber: Zum Erfolg gehört ein langer Atem. Wir im Studentenwerk Aachen sind weiter kampfbereit!

Mani Engelhardt, Streikleiter im Studentenwerk Aachen



Solidaritätsbesuch der Studentinnen am Aachener Klinikum

Da war dann das gebrochene Lohndiktat nur ein schwacher Trost. Und so gebrauchten sie ihr demokratisches Recht und lehnten das Ergebnis in der zweiten Urabstimmung ab.

Und wie deutete der Hauptvorstand das Rumoren der Basis? „Man hat uns nicht deutlich genug verstanden. Gerade für den Arbeiterbereich haben wir am meisten herausgeholt. Jetzt müssen wir uns nochmals klar und verständlich machen!“ – Wie Bitte?

Die Basis ist die Gewerkschaft, und diese muß auch bestimmen können, wo

und wie es lang geht! Und sollten das die Kolleginnen und Kollegen im Vorstand und/oder in der Großen Tariffkommission noch nicht begriffen haben, werden wir noch alle zusammen schweren Zeiten entgegenstehen!

Für die Zukunft sollten wir uns vor Augen halten: die Basis hat das Votum und die nächste Tarifrunde kommt bestimmt!

Alexander Sascha Müller, Köln ÖTV-Mitglied und Vertrauensmann am Krankenhaus Köln-Holweide



Der Streik im Öffentlichen Dienst – ein historischer Kampf

Die Tarifrunde 1992 war ein Wendepunkt für die deutsche Gesellschaft und doch erst der Vorbote einer neuen Qualität von Kämpfen zwischen Arbeitnehmern und Kapital in den kommenden Jahren. Um sich auf diese schwierigen Herausforderungen vorzubereiten, müssen die Gewerkschaftsmitglieder die Lehren dieses Arbeitskampfes ziehen.

Ein Kölner ÖTV-Funktionär erklärte nach dem Streik: „Vor vier Wochen erwarteten wir eine Lohnrunde wie jedes Jahr, mit dem üblichen Ergebnis durch Verhandlungen, das wir dann mit Bauchschmerzen den Mitgliedern verkaufen müßten. Drei Tage später wurde klar, daß es nicht nur um ein paar Prozentpunkte ging, sondern um den Versuch von Regierung und Arbeitgeberverbänden, die ÖTV als Brechstange zu nutzen.“

Die großartige Bewegung der ÖTV-Mitglieder brachte der Kohl-Regierung eine herbe Niederlage bei und kämpfte den Weg für die IG Metall, IG Medien und IG Bau Steine Erden frei. Um so enttäuschender war das materielle Ergebnis der Verhandlungen. Ein VORAN-Flugblatt am Tag danach faßte den Kompromiß zusammen: „Lohn-diktat gebrochen – aber Früchte des Sieges verschenkt.“ Die Eisenbahner, Postzusteller, Krankenschwestern und -pfleger usw. zwangen die Regierung in die Knie, die Tarif„experten“ verspielten den Sieg am Verhandlungstisch. Kein Wunder, daß viele Kolleginnen und Kollegen auf ihre Gewerkschaftsführung sauer sind.

In intellektuellen Kreisen ist es heutzutage Mode, die Arbeiterbewegung abzuschreiben. Es gäbe keine Arbeiterklasse mehr, selbst die Mitglieder der Gewerkschaften hätten kein Klassenbewußtsein, einige haben sogar behauptet, daß dieser Streik nicht hätte stattfinden dürfen, weil solch „altmodischen Kampfmethoden“ angeblich unpopulär seien und die Gewerkschaften isolieren würden. Was für ein Quatsch!

Kampfbereitschaft und Kampfkraft

Schon bei der Urabstimmung bewiesen Arbeiter und Angestellte ihre Kampfbereitschaft – sie stimmten mit 89 bis 96 Prozent für Streik. Sobald das Ergebnis bekannt wurde, schlossen sich die Hamburger Postler dem Streik an. Arbeiter, die die Schleusen betätigen, haben einen großen Teil der Schifffahrt lahmgelegt. In Duisburg allein kostete das eine Million DM pro Tag. Am Ende des Streiks sind lediglich 25 Prozent der Züge gefahren, obwohl die Lokführer nicht streiken dürfen – einige Tage später wäre die ganze Bundesbahn zum Stillstand gekommen. Allein der 24-stündige Streik einer Handvoll Feuerwehrleute und Sicherheitskontrolleure – Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei – schloß den Frankfurter Flughafen, Drehscheibe des europäischen Flugverkehrs und verursachte einen Verlust von 40 Millionen DM. Die Behörden

standen kurz davor, die Düsseldorfer Altstadt wegen der Müllberge zu schließen.

Stärkung der Gewerkschaften

Die Gewerkschaften verzeichneten Neueintritte. Allein am ersten Streiktag traten 30.000 in die ÖTV ein. Während der Mobilmachung kamen täglich neue Unorganisierte dazu – und auch noch nach dem Streik, trotz Unzufriedenheit mit der Führung. Das gleiche galt für die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) und die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) nach dem Bankenstreik. Der Organisationsgrad ist gestiegen. Die Gewerkschaften gehen nicht geschwächt, sondern deutlich gestärkt aus dieser Konfrontation hervor.

Solidarität der Bevölkerung

Bemerkenswert war die breite Unterstützung in der Bevölkerung. Die Regierung hatte gehofft, daß sich der Ärger über wachsende Müllberge und die Verkehrsstaus gegen die Streikenden richten würde, aber der Schuß ging nach hinten los. Diesmal konnte auch die bürgerliche Presse die „öffentliche Meinung“ nicht in ausreichendem Maße manipulieren. Stattdessen gab es eine Politisierung in der Bevölkerung. Die Leute haben zum ersten Mal gemerkt, was für einen wichtigen Dienst die Straßenbahnfahrer und Müllmänner leisten. Es wurde darüber diskutiert, wieso wir soviel Müll produzieren, wie wichtig öffentliche Nahverkehrsmittel sind, wie schlecht die Krankenschwestern und wie unverschämt gut die Politiker bezahlt werden.

Gewachsenes Selbstbewußtsein

Am wichtigsten aber war die Erfahrung der kollektiven Aktionen und der Solidarität von den in den verschiedenen Bereichen insgesamt ca. eine Million Arbeitnehmern.

Ich habe erlebt, wie 40-50jährige ausländische Frauen aus Reinigungsdienst, Küche und Wäscherei anfangs vorsichtig fragten, ob sie als Krankenhausbeschäftigte überhaupt streiken dürfen. Nach einigen Tagen Streikführung marschierten dieselben Frauen erhobenen Hauptes und die ÖTV-Fah-

nen schwenkend zur Landesklinik nebenan, um die neu in den Streik getretenen zu ermutigen. Mit jedem Tag wuchs das Selbstbewußtsein. Ein paar Tage später marschierten dieselben Frauen mit Transparenten und Sprechchören durch die Stadt. Ihre Vertrauensfrau, sichtlich bewegt, jubelte: „Ich bin so stolz auf meine Kolleginnen.“

Jahrelang wurden diese und Millionen andere Kolleginnen und Kollegen herumkommandiert. Jetzt sind sie wer. Seit dem Streik gibt es Konflikte am Arbeitsplatz, weil die Vorgesetzten versuchen, die alten Machtverhältnisse wiederherzustellen und die Kolleginnen es nicht zulassen. Sie haben die Macht der Einheit gespürt und geben sie nicht zurück.

Ausländer und Deutsche vereint

Besonders für die Ausländer war dies eine wichtige Erfahrung, denn für uns gibt es keine Demokratie in diesem Staat. Es konnte sich nicht nur jeder an den Abstimmungen beteiligen, sondern auch an den alltäglichen Entscheidungen über Taktik und Aktivitäten. Die, die aus der Gesellschaft ausgegrenzt werden, konnten als gleichberechtigte Mitglieder einer mächtigen Bewegung mitwirken: für viele die erste Erfahrung von Demokratie in diesem Land.

Deutsche, türkische und osteuropäische Arbeiter kämpften Schulter an Schulter gegen „die da oben“. Sie ließen sich nicht spalten. Elf Tage gemeinsamer Kampferfahrung haben mehr gegen Ausländerfeindlichkeit bewirkt, als alle moralischen Predigten der Politiker zusammengenommen.

Arbeitnehmer hatten die Kontrolle

Die Macht der Arbeitenden wurde zum Beispiel durch die Notdienste in den Krankenhäusern deutlich demonstriert. Arrogante Oberärzte und Betriebsleiter mußten zur Streikleitung kommen und höflich um Personal bitten. Sie haben versucht, die Gutmütigkeit der Kollegen auszunutzen.

Nächstes Mal werden die Streikposten bestimmt härter vorgehen, aber immerhin haben die Vertrauensleute/Streikleiter darüber entschieden, wieviele und welche Kolleginnen und Kollegen Notdienst leisten sollten. Das war ein kleines Beispiel von Arbeiterkontrolle und der konkrete Beweis, daß Arbeiter und Angestellte ihre Arbeit effektiv selbst organisieren können: kollektiv und demokratisch.

Wo Arbeitgeber versucht haben, Streikbrecher einzusetzen, wurden sie sofort mit einer Machtdemonstration konfrontiert. In Hamburg setzte man beamtete Postler meist gegen ihren Willen für die Arbeit der streikenden Kollegen ein. Einen Tag später antwortete die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) mit einer Demonstration von 7.000 und kündigte jede Zusammenarbeit auf. Der Einsatz der Beamten lief ins Leere.

Die Bürokraten der Lufthansa verlangten sogar den Einsatz der amerikanischen Luftwaffe, um den Streik auf dem Frankfurter Flughafen zu brechen. Die Bosse betrachten die Arbeiter als den „inneren Feind“.

Dieses Beispiel soll uns eine Warnung für die Zukunft sein: so möchten manche Arbeitgeber und Minister Bundeswehr und Polizei gegen die Gewerkschaften benutzen. Zur Zeit wäre das allerdings wegen der Solidarität der Polizisten mit den anderen Gewerkschaftsmitgliedern schwierig gewesen.

Entwicklung von Klassenbewußtsein

Die Solidarität zwischen Arbeitnehmern in verschiedenen Bereichen hat zur Entwicklung von Klassenbewußtsein geführt. Bei den Demos und Kundgebungen wurde das „Wir-Gefühl“ der Kollegen aus verschiedenen Arbeitsbereichen und Gewerkschaften gestärkt. Sie erkannten, daß alle abhängig Beschäftigten grundsätzlich im selben Interessengegensatz zu den Unternehmern stehen. Besonders wichtig waren die gemeinsamen Kundgebungen von Metallern und Druckbeschäftigten mit den Kollegen aus dem Öffentlichen Dienst, die zum Abbau von Vorbehalten gegen den Öffentlichen Dienst beigetragen haben.

Zwar waren die Ansätze begrenzt, weil es in den Bereichen von IG Metall, IG Medien und IG Bau, Steine, Erden nur zu Warnstreiks gekommen ist, doch der Angriff auf die ÖTV ist als Test für die Privatwirtschaft verstanden worden.

Indem die ÖTV der Regierung diese Niederlage beigebracht hat, diente sie als Vorreiter für alle folgenden Tarifrunden. Den Kollegen ist klar, daß der Streik im Öffentlichen Dienst zusammen mit den eigenen Warnstreiks ihre Lohnerhöhungen erkämpft hat. Einmal Blut geleckt, hatten sich die Kollegen des Öffentlichen Dienstes jedenfalls darauf gefreut, den Metallstreik aktiv zu unterstützen – vor allem nach der Enttäuschung durch das bescheidene Ergebnis. Vielleicht, so hatten sie gehofft, würde die IG Metall noch mindestens ein Prozent Lohnerhöhung drauflegen.

Arbeitgeber gaben nach

Wäre es in der Industrie zu Streiks gekommen, hätte sich das Klassenbewußtsein ohne Zweifel noch viel stärker entwickelt. Das war ein Grund dafür, daß die öffentlichen Arbeitgeber ihre Niederlage akzeptierten, ihr Lohndiktat von unten aufgaben und die privaten Arbeitgeber Streiks vermeiden wollten. Einen Tag nach dem Metallstreik spiegelt sich die Haltung der Arbeitgeber im Anstieg des DAX-Index an der Frankfurter Börse wieder. Vor allem der politische Charakter dieser Tarifrunde mit einer gemeinsamen Front von Staat und Arbeitgebern hat zur

Schärfung des Bewußtseins vieler Arbeitnehmer beigetragen. Ein harter Streik von Metallern und Druckarbeitern, unterstützt von ein paar Millionen Arbeitnehmern im Öffentlichen Dienst, hätte das Ende des Mythos der Sozialpartnerschaft bedeutet, wahrscheinlich zu einer schweren Niederlage des Kapitals und vielleicht zum Sturz der Regierung geführt. Dieser Kampf ist vorläufig verschoben worden.

Die Lehren des Streiks - Gewerkschaften demokratisieren und erneuern

Monika Wulf-Mathies selbst gab zu, daß der ÖTV-Hauptvorstand Fehler gemacht hat. Die Führung der Gewerkschaften, vor allem der ÖTV, hatte die Kampfbereitschaft und Entschlossenheit der Basis maßlos unterschätzt und den Kampf nicht konsequent geführt.

Was wurde falsch gemacht? Und wie setzen wir eine Erneuerung der Gewerkschaften durch?

Annahme des Schlichterspruchs – ein Fehler

Es war schon ein Fehler, den Schlichterspruch von 5,4 Prozent zu akzeptieren. Denn dieser bedeutete Reallohnverlust. Die Inflation liegt offiziell bei 4,6 Prozent, aber die Teuerungsrate für Waren und Dienstleistungen, wofür die Arbeitnehmer einen höheren Anteil ihres Lohnes ausgeben, liegt höher. Das heißt, zusammen mit den Steuererhöhungen bräuchte man mindestens 7 Prozent mehr, allein um den niedrigen Lebensstandard zu halten, geschweige denn, den Rückstand gegenüber der Privatwirtschaft aufzuholen. Nicht umsonst lautete die Forderung 9,5 Prozent.

Durch das sofortige Heruntergehen auf 5,4 Prozent haben die Gewerkschaftsvertreter in der Schlichtung alle zukünftigen Forderungen unglaubwürdig gemacht. Natürlich gibt es Situationen, wo nach einer Kraftprobe die Kräfteverhältnisse so stehen, daß die ursprünglichen Forderungen nicht mehr durchsetzbar sind und ein Kompromiß unvermeidbar ist. Aber vor einem Test? Bei dieser Stimmung an der Basis? Die Aufgabe der eigentlichen Forderung von Beginn an hat die Arbeitgeber nur ermutigt. Deshalb haben sie selbst diesen Kompromiß abgelehnt und den Streik provoziert.

Die Preisgabe der 9,5-Prozent-Forderung hatte die Gewerkschaftsseite geschwächt, aber die Kollegen haben diese Schwäche vor den Betrieben und auf der Straße wettgemacht.



Halbherzige Streiktaktik

Dann stellte sich heraus, daß die Streiktaktik nur eine begrenzte Wirkung hatte. Es war richtig für eine Gewerkschaft wie die ÖTV, die seit 18 Jahren kaum Streikerfahrung hatte, den Streik in bestimmten Bereichen anzufangen und ihn dann auszuweiten. Dadurch konnten die bestorganisierten Teile (wie Bus- und Straßenbahnfahrer) die Effektivität des Streiks demonstrieren und andere Bereiche ermutigen. Doch schon bald wollten sehr viel mehr Kollegen mitstreiken. Ihre Einstellung war konsequent: wenn schon, denn schon. Daß manche Bereiche erst später oder gar nicht in den Streik gerufen wurden, hat zu Frust geführt.

Einige haben nicht gewartet, sondern sind eigenmächtig in den Streik getreten und haben ihre Streikleitung anschließend informiert, wie zum Beispiel die Müllmänner. Diese Vorgänge müssen doch endlich das Märchen der bürgerlichen Presse zerstören, daß die friedlichen und passiven Arbeitnehmer immer von den Radikalisten in der Gewerkschaftsführung aufgewiegelt werden. Das Gegenteil ist wahr: Sie wurden eher gebremst.

Völlig verwirrend wirkte die „clevere“ Taktik, bestimmte Gruppen von Beschäftigten für einen oder drei Tage rauszurufen und dann zurück zur Arbeit zu schicken. Sie fühlten sich schikaniert. Aktivisten in den Ämtern waren total frustriert. Nachdem ihre mühsame Aufbauarbeit letztendlich zu erfolgreicher Mobilisierung führte, erhielten sie den Befehl, die „Truppen“ wieder zu demobilisieren, bevor der Kampf gewonnen war.

Natürlich muß die Führung während eines Kampfes führen und über die Taktik entscheiden. Aber Generäle, die ihr Fußvolk mißachten, verlieren ihre Armee. Die Vertrauensleute und die Basis selbst müssen ein Mitspracherecht bei solchen Entscheidungen haben. Einige Belegschaften haben selbst demokratisch entschieden, solche Mitteilungen abzulehnen. So haben Bus- und Straßenbahnfahrer und die Müllmänner in Köln einfach entschieden, bis zum Ende zu streiken. Und sie haben richtig gehandelt.

Vollstreik wäre nötig gewesen

Die ÖTV-Führung erklärte, daß sie aus finanzielle Gründen nicht so viele in den Streik rufen konnte. Aber ein Vollstreik hätte die Arbeitgeber viel früher in die Knie gezwungen. Die effektivsten Bereiche – wie Strom- und Wasserversorgung – wurden nicht oder nur sehr kurz bestreikt. Warum wurde der Frankfurter Flughafen nur einen Tag bestreikt, aber die anderen (weniger wichtigen) länger?

Die Vorstände der Gewerkschaften haben offenbar Angst vor der eigenen Macht. Sie hatten Angst, die Kontrolle über den Streik und die Gewerkschaften

selbst an die eigene Basis zu verlieren.

Der Abschluß – über die Köpfe der Basis hinweg

Der Widerspruch zwischen der Entschlossenheit der Basis und der Schwäche der Führung konnte kaum deutlicher als bei dem Abschluß und seiner Ablehnung durch die zweite Urabstimmung zu Tage treten.

Dieser Abschluß hat aus mehreren Gründen zu Empörung geführt. Die Basismitglieder der Gewerkschaften hatten Monika Wulf-Mathies geglaubt, als sie während des Streiks wiederholt erklärte, die 5,4 Prozent seien jetzt vom Tisch, sie würden jetzt für mehr kämpfen. Deshalb wurde die Annahme des Kompromisses als Vertrauensbruch empfunden. Viele regten sich auf, als Wulf-Mathies der Presse erklärte, die Kollegen würden das Ergebnis nicht richtig verstehen und man müßte es ihnen einfach erklären – als ob sie Kinder wären.

Die Basis war sauer, weil sie wußte, daß der Sieg der ihre war und daß die Verhandlungsführer und die Tariffkommission sich auf einen unnötigen Kompromiß eingelassen hatten. Die Mitglieder hatten Selbstvertrauen und waren entschlossen: „Wir sollten noch drei Tage oder eine Woche durchziehen, der Streik hat längst noch nicht den Höhepunkt erreicht.“

Abruptes Streikende

Doch besonders für die Vertrauensleute war die gleichzeitige Mitteilung, daß der Streik ab sofort ausgesetzt sei, noch schlimmer als der Abschluß. Ein Mitglied einer Kreisstreikleitung erklärte VORAN: „Das Ende war abrupt und nicht nachvollziehbar. Alle sahen es im Fernsehen, aber wir selbst bekamen keine Auskunft. Und dann kamen die Anrufe der Kollegen. Fakten wurden geschaffen. Die ÖTV-Führung in Hamburg schickte die Mitglieder schon am gleichen Abend zurück an die Arbeit. Es war der helle Wahnsinn – wir mußten die Leute während der Nacht anrufen und sie für die Arbeit morgen früh mobilisieren. Wir waren alle stinksauer, weil wir vor vollendete Tatsachen gestellt wurden.“

Es war einfach undemokratisch. Man wußte, daß die Basis für mehr

weiterstreiken wollte, weil so viele Anträge und Erklärungen an die Tariffkommission gefaxt wurden. Aber die Führung wollte nicht mehr.

Es war mehr als falsch, den Streik ohne eine Abstimmung der Mitglieder auszusetzen. Die Führung rechnete damit, daß selbst wenn die meisten mit dem Ergebnis unzufrieden wären, sie sich bei der zweiten Abstimmung diesen „vollendeten Tatsachen“ resigniert beugen würden. Es war ein zynischer Mißbrauch des Vertrauens.

Votum der Basis mißachtet

Aber noch schlimmer war die bürokratische Mißachtung des Ergebnisses der zweiten Urabstimmung. Obwohl 55,9 Prozent das Angebot ablehnten, erklärte Wulf-Mathies, daß nichts mehr drin sei. Der Vorstand traf sich erst am 25. Mai (11 Tage später) und erklärte einfach alles für gelaufen.

Eine Führung mit nur der Hälfte der Entschlossenheit der Basismitglieder und Vertrauen in die Basis hätte das Kompromißangebot abgelehnt. Eine demokratische Führung hätte den Streik nicht über die Köpfe der Mitglieder hinweg ausgesetzt.

Aber selbst nach diesen Fehlern hätte die Führung nach der Urabstimmung die demokratische Meinung der Mitgliedschaft akzeptieren und zum Verhandlungstisch zurückkehren müssen.

Seiters' schnelle Behauptung, ein Nachschlag sei nicht drin, war reines Pokerspiel, wie alles, was er von Anfang an gesagt hat. Natürlich hätten die Gewerkschaften Druck ausüben müssen, aber den lieferte die Stimmung der Basis. Wahrscheinlich hätte die Drohung einer Fortsetzung des Streiks gereicht, um eine Verbesserung des Angebots zu erzwingen – besonders bei der Möglichkeit, gemeinsam mit den Metallern und anderen Gewerkschaften zu streiken. Vor der Gefahr einer generalstreikähnlichen Bewegung hätten die Regierung und ganz bestimmt die SPD-geführten Länder und Gemeinden einen Rückzieher gemacht.

Warum bremst die Führung?

Es bleibt die Frage, warum die Führung der Gewerkschaften die eigene Bewegung gebremst und einen unnötigen Kompromiß akzeptiert hat. Viele Kollegen schimpfen: „sie ließen sich über den Tische zie-

hen.“ Aber es liegt bestimmt nicht daran, daß Seiters oder Simonis klügere Verhandler sind. Im Gegenteil – sie haben sich als unfähig erwiesen.

Es liegt daran, daß die Gewerkschaftsspitze die Argumente der Regierung und der Arbeitgeber teilt. Dafür gibt es eine materielle und ein politische Basis. Heide Simonis, eine „Sozialdemokratin“, kann die „Sachzwänge“ eines Busfahrers oder einer Krankenschwester an der Kasse im Supermarkt unmöglich verstehen, weil sie pro Monat 16.000 DM „verdient“. Sie ist so weit von denen entfernt, die sie vertreten soll, wie Helmut Kohl. Bei den Spitzenfunktionären der Gewerkschaften und des DGB ist es leider nicht anders. Sie können beim besten Willen nicht die Alltagsorgen ihrer Mitglieder verstehen.

Facharbeiterlohn für Funktionäre!

Deshalb ist es eine praktische Notwendigkeit, daß alle Funktionäre nicht mehr als einen Facharbeiterlohn erhalten, damit es keine gefährliche Trennung zwischen den Mitgliedern und ihren Bediensteten mehr gibt. Wenn Monika Wulf-Mathies mit dem Durchschnittseinkommen ihrer Basis auskommen müßte, würde sie bestimmt härter für eine angemessene Lohnerhöhung kämpfen.

Aber das ist nicht das einzige Problem. Die heutigen Führer der SPD und der Gewerkschaften betrachten sich selbst nicht als Verfechter der Interessen der Arbeiterklasse, sondern als Staatsmänner, die mit den Vertretern der Regierung und des Kapitals – ihren „Sozialpartnern“ – die Wirtschaft vernünftig im Lot halten. Sie spielen ihre Rolle als Schlichter zwischen Arbeit und Kapital und sehen keinen unversöhnlichen Interessenswiderspruch.

Wenn also die Arbeitgeber behaupten, sie können es nicht leisten, den Lebensstandard der Arbeitnehmer zu verbessern oder nur zu halten, oder wenn die Regierung verlangt, daß die Arbeitnehmer für die Versäumnisse der Marktwirtschaft im Osten bezahlen müssen, stimmen die Gewerkschaftsfunktionäre im Prinzip zu. Was sonst sollen sie tun? Wer das System der privaten Marktwirtschaft akzeptiert, muß auch ihrer Logik folgen. Deshalb ist der Lebensstandard der Arbeitnehmer in den letzten 10 Jahren kaum gestiegen. Aber gerade deshalb ist die Unzufriedenheit an der Basis gewachsen.

Lehren für die Basisaktivisten

Vor allem die Aktivisten an der Basis, die Vertrauensleute, müssen die Lehren dieses Arbeitskampfes erkennen und umsetzen. Teilweise aus Frust wegen einer Reihe enttäuschender Abschlüsse in den letzten Jahren ist die Zahl der Aktivisten in den Gewerkschaften zurückgegangen, besonders unter den Jugendlichen. Daher waren die Vertrauensleute mit vielen Aufgaben vor und während dieses Streiks belastet. Auch sie haben die

Stimmung der bisher passiven Mitglieder unterschätzt und die Sprünge im Bewußtsein nicht genau eingeschätzt.

Auch die betrieblichen und örtlichen Streikleitungen waren überrascht und standen ratlos vor den „vollendeten Tatsachen“ aus Stuttgart. Es gab keine Strategie für so einen Fall. Es schien keine Alternative zu geben. In dieser Situation versuchten die besten Aktivisten, das Positive an der Streikerfahrung zu betonen und Austritte oder Rückfall in die Passivität zu verhindern. Sie hatten Angst, daß Kritik an der Führung Kritik an der Gewerkschaft selbst sei und fürchteten eine destruktive Auswirkung. Aber wenn sie die Führung nicht kritisieren und keine Alternative anbieten, dann verlieren sie die Glaubwürdigkeit ihrer Kollegen.

Eine ÖTV-Vertrauensfrau erklärte VORAN: „Ich arbeite jetzt 12 Jahre als Vertrauensfrau und ehrlich gesagt, die ganze Arbeit der Vertrauensleute war zu lasch. Die Basis wurde von oben eingekullt. Aber es gab auch Fehler an der Basis – wir haben auch geträumt. Vorher wurde an einen Streik nie ernsthaft gedacht. Wir waren nicht darauf vorbereitet. Die Frage jetzt ist, wie können wir das neue Bewußtsein behalten? Wir brauchen mehr Arbeit an der Basis, mehr Ausbildung.“

Eine Mitglied des Kölner ÖTV-Bezirksvorstandes: „Es hat kein Vertrauen in die Basis gegeben, aber wiederum auch nicht in die Führung. Ich habe meine Kollegen zum Streik aufgerufen, aber mich dabei gefragt, ob sie von diesen Leuten in Stuttgart richtig geführt werden. Man spürt die Verantwortung. Jetzt haben manche Bezirksvorsitzende den Streik benutzt, um Wulf-Mathies zu schwächen. Sie manipulieren die Basis, um ihre Posten zu kriegen. Nicht nur Wulf-Mathies, sondern der ganze Hauptvorstand sollte jetzt zurücktreten. Seit 1973 gibt es eine falsche Tarifpolitik. Auch wir haben nicht genug mit der Basis diskutiert, was eine Tarifrunde bedeutet.“

Für den Aufbau einer Gewerkschaftslinken!

Solche kämpferischen Aktivisten fühlten sich ohnmächtig gegenüber der Gewerkschaftsbürokratie, weil sie kein Netzwerk von Gleichgesinnten quer durch die Gewerkschaften haben. Wenn der Vorstand zum Rücktritt gezwungen werden sollte, wer sollte gewählt werden? Wo ist die Garantie, daß sie besser sind? Dafür braucht man eine offene, demokratische linke Bewegung innerhalb der Gewerkschaften, die nicht nur demokratische Kontrolle über die Funktionäre ausübt, sondern auch politische Ausbildung unter den Mitgliedern organisiert. Zweifelsohne müssen die Gewerkschaften demokratisiert werden, braucht die Basis mehr Kontrolle und Entscheidungsmöglichkeiten. Facharbeiterlohn für Funktionäre und deren Abwählbarkeit sind dafür unumgängliche Forderungen. Die Satzung muß demokratisiert werden. Neue, kämpferische Leute, die sich in diesem Arbeitskampf bewiesen haben, sollen in die Tariffkommission gewählt werden.

Sozialistische Perspektive

Aber all das reicht nicht. Wir brauchen eine Führung, die kompromisslos für die Interessen der Arbeitnehmer kämpft. Und das ist auf Dauer nur mit der Perspektive einer neuen Gesellschaft möglich, in der die Wirtschaft unter der demokratischen Kontrolle und Planung der Arbeitnehmer steht: Eine demokratische und sozialistische Gesellschaft.

Nur mit dieser Perspektive gelang es allen Schwierigkeiten und Zweifeln zum Trotz, die Gewerkschaften überhaupt aufzubauen und den heutigen Lebensstandard und demokratische Rechte zu erkämpfen. Nur mit einer solchen Perspektive werden die Gewerkschaften den kommenden Herausforderungen gewachsen sein.

Brent Keeney, Köln
SPD-Mitglied

Nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa beobachtete diesen Kampf. Am Ende erklärte die Auslandspresse: „Bonn gibt den Gewerkschaften nach.“ „Widerstand der Regierung bricht zusammen.“ „Die Kapitulation der deutschen Regierung vor einem relativ zivilisierten Streik bestätigt ihre Schwäche.“ und „Die ÖTV gratuliert sich nach einem bemerkenswerten Sieg.“ (Financial Times).

Aufruhr in US-Städten

„Manchmal ist eine Revolution eine Notwendigkeit.“

Häuser brennen, Polizeiautos werden von wütenden Jugendlichen zu Schrott verarbeitet, Schießereien finden auf offener Straße statt, Supermärkte sind zum Plündern freigegeben, Rauchsäulen steigen an jeder Straßenecke auf...

Dies ist keine Szene aus „Robocop“ oder irgendeinem anderen Hollywood-Action-Streifen, sondern Realität aus dem verarmten Stadtteil South Central in Los Angeles und anderen amerikanischen Metropolen. Arnold Schwarzenegger hatte Beverly Hills längst fluchtartig verlassen, wie viele andere der reichen Stadtbewohner auch.

Die Freisprechung von vier weißen Polizisten, die den Schwarzen Rodney King brutal zusammenschlugen und mit Elektroschocks mißhandelten, war Auslöser für die größten Unruhen in den Ghettos der US-Metropolen seit den 60er Jahren. Die ganze Nation konnte tagelang die Aufnahmen eines Videofilms verfolgen, die zeigten, wie die Polizisten ihr schwarzes Opfer mit nicht weniger als 56 Schlägen überzogen, während dieses hilflos am Boden lag. Hier wurde der alltäglich praktizierte Rassismus von US-Polizei und -Justiz beispielhaft zum Gegenstand einer Gerichtsverhandlung. Der Freispruch durch eine Jury, in der kein Schwarzer vertreten war, war eine offene Provokation.

Polizeiliche Willkür

„Die schlagen uns, wo sie können. Sie stecken uns ins Gefängnis, wie es ihnen paßt.“ antwortete ein Schwarzer, der nach seiner Einstellung zur Polizei gefragt wurde. Die Polizei in Los Angeles besteht zu 60% aus Weißen, obwohl diese die Minderheit in der Bevölkerung darstellen. Rassistische Gerichtsurteile sind nichts Neues. So wurde 1987 Bernard Cortez freigesprochen, der drei schwarze unbewaffnete Jugendliche in der New Yorker U-Bahn in den Rücken geschossen hatte.

Wen wundert es, wenn die Polizei in den verarmten Stadtteilen, die mehrheitlich von Farbigen bewohnt werden, als eine fremde Besatzungsmacht empfunden wird. Erst kürzlich haben sich die beiden größten Jugendbanden von Los Angeles („Bloods“ und „Crips“) nach jahrelanger Fehde zusammengeslossen, um die Polizei zu bekämpfen.

Einen „beispielhaften Polizeichef“ nannte Präsident Bush den Polizeichef von Los Angeles, der über Hispanier (die Mehrheit der Stadtbevölkerung in Los Angeles) einmal sagte, sie seien

„faul“. Außerdem fügte er hinzu, Drogenkonsumenten „müßten herausgesucht und erschossen werden“. Die aufgeregte Wut über alltägliche brutale Polizeischikanen und die Hoffnungslosigkeit in den heruntergekommenen Innenstädten hat sich in den Ausschreitungen, die sich wie ein Lauffeuer bis nach Toronto in Kanada ausbreiteten, entladen.

Die Antwort Bushs auf die Explosion von Wut und Verzweiflung war ein hartes Zuschlagen: 5000 Polizisten, 1000 FBI-Agenten, 6000 Nationalgardisten und 4500 Soldaten wurden nach Los Angeles geschickt, um „law and order“ aufrechtzuerhalten. Bezeichnenderweise waren darunter am Anfang dieselben Militäreinheiten, die im Irak eingesetzt wurden. Bushs „Neue Weltordnung“ soll also auch im eigenen Haus gelten. Bushs Weltunordnung bedeutet in Los Angeles wie im Irak die Unterordnung der Interessen der Mehrheit der Bevölkerung unter die Interessen der US-Regierung und des amerikanischen Big Business. Ergebnis der Krawalle und der staatlichen Intervention: 58 Tote (davon drei Viertel Schwarze), 1900 Verletzte, 5200 Verhaftete und 5000 zerstörte Gebäude.

10 Tage später gab es eine Demonstration in Washington gegen die Verarmung der Innenstädte, an der sich 150.000 Menschen beteiligten. Diese Demonstration, die schon vor den Ausschreitungen angesetzt war, zeigt, wie groß der soziale Sprengstoff in den Großstädten ist. Sie wurde von 40 Bürgermeistern angeführt, die 35 Milliarden Dollar für ihre Städte einforderten, weil ansonsten „eine soziale Explosion von Los Angeles bis New York drohe“. Doch einfache Demonstrationen reichen nicht aus und keine der Parteien, der diese Herren angehören, hat mehr zu bieten, als die aussichtslose Situation, die bereits herrscht.

Die beiden kapitalistischen Parteien, Republikaner und Demokraten, taten die Übergriffe als Akte von „Kriminellen und Vandalen“ ab. Der Präsidentschaftskandidat der Demokraten, Clinton, meldete sich mit dem Vorschlag eines „nationalen Gebetstages“ zu Wort. Zur Bekämpfung der innerstädtischen Probleme schlägt die Bush-Administration schon länger vor, die ohnehin stark gekürzten staatlichen Hilfen durch

„privatwirtschaftliche Alternativen“ mit Steuernachlässen für Investoren zu ersetzen. Bush ist der Meinung, daß staatliche Wohlfahrtsprogramme „die Abhängigkeit der Unterklasse noch vergrößern“!

Die Erfahrung mit den Reaktionen der Vertreter der beiden großen bestehenden Parteien zeigt, daß die amerikanischen Arbeiter, schwarze wie weiße, aus den Stadtteilen und Gewerkschaften heraus eine unabhängige Arbeiterpartei ins Leben rufen müssen. Wenn die US-Arbeiter eine eigene Partei hätten, könnte diese vor dem Hintergrund solcher Ereignisse zu einer mächtigen Kraft werden. Wenn nicht, besteht die Gefahr, daß sich die Wut weiterhin in ähnlich verzweifelten Aktionen Bahn bricht.

Auch in der Geschichte der schwarzen Bürgerrechtsbewegung sind diese Erfahrungen und Lehren von einzelnen schon vor 25 Jahren gezogen worden: „Erzähle ihnen, daß sie nicht randalieren sollen, weil alles was dabei herauskommt wäre, daß 50 oder 100 Leute getötet würden. Bring die ‚community‘ (schwarze Gemeinschaft) dazu, eine organisierte Kraft zu werden, die bereit ist, sich selbst zu verteidigen.“ (Huey Newton, einer der Führer der Black Panther-Bewegung, nach der Ermordung des schwarzen Bürgerrechtlers Martin Luther King).

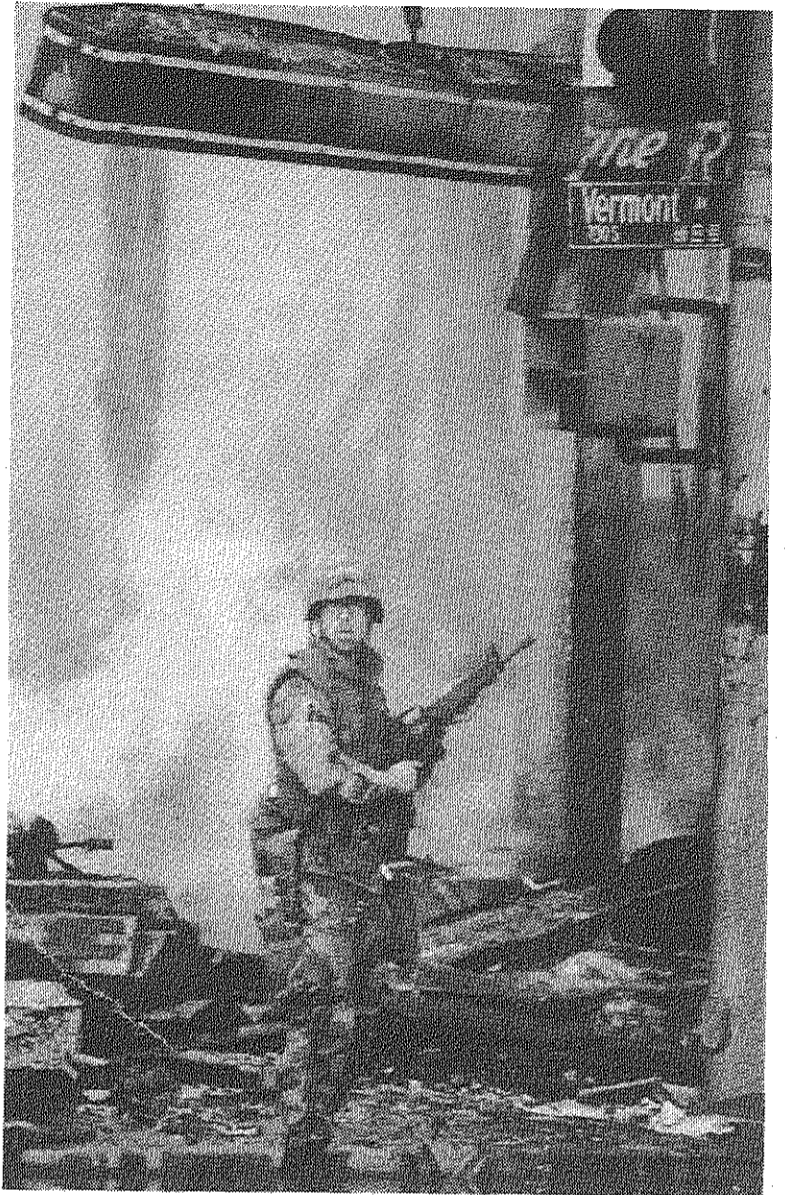
Und der 24-jährige John Moncrief aus South Central, Los Angeles, sagte am 1. Mai 1992: „Manchmal ist eine Revolution eine Notwendigkeit.“

Soziale Revolte, nicht „Rassenunruhen“

Die Auseinandersetzungen wurden in den deutschen Medien oft als reine „Rassenunruhen“ dargestellt. Aber sie können nicht erklären, warum man weiße Hausfrauen oder Rentner, die sich an den Plünderungen beteiligten, auf dem Bildschirm sah.

Die Medien wollten die Bilder eines Überfalls auf einen weißen Lastwagenfahrer durch schwarze Jugendliche als typisch darstellen und zeigten deswegen nicht mehr, wie vier Schwarze den Mann retteten.

Natürlich war die staatlich geschürte Diskriminierung der Schwarzen ein Motiv bei den Unruhen in den amerikanischen Innenstädten. Dahinter steckt die Absicht, Mißtrauen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsteilen zu säen. Besonders die Republikaner haben, mit einem Auge auf die näch-



Nicht Beirut, sondern Los Angeles!

sten Wahlen, auf dem Klavier rassistischer Vorurteile gespielt. Bush legte sein Veto gegen Gesetze ein, die den Schwarzen größere Chancen auf einen Arbeitsplatz gewähren sollten und schürte unter weißen Beschäftigten die Angst vor „Quoten-Schwarzen“, die angeblich ihre Arbeitsplätze gefährden würden.

Besonderes Aufsehen erregte ein Wahlwerbespot, in dem mit dem Schreckensbild eines bekannten schwarzen Gewaltverbrechers weiße Stimmen für eine „Law and Order“-Politik eingefangen werden sollten. Hinzu kommt die Erfahrung mit einem Justiz- und Polizeiapparat, der von Weißen dominiert wird und täglich beweist, daß zweierlei Recht in den USA gilt, abhängig von der Hautfarbe. Schwarze bekommen für die gleichen Vergehen durchschnittlich längere Haftstrafen. Jeder vierte Schwarze zwischen 20 und 29 Jahren sitzt im Knast, insgesamt sind mehr Schwarze im Gefängnis als in der Schule. Die USA übertreffen mit ihrer Prozentzahl schwarzer Häftlinge Südafrika, mit denen sie außerdem als einziges Industrieland gemeinsam haben, die Todesstrafe durchzuführen (40 Prozent der Todeskandidaten sind Schwarze, obwohl sie nur 12 Prozent der Bevölkerung ausmachen). Kein Wunder, daß bei den Ausschreitungen in Toronto ein Transparent mit der Aufschrift „Weißer Richter, weiße Geschworene, weiße Justiz, von Toronto bis Los Angeles“ die Plünderungen begleitete.

Die „dritte Welt“ beginnt in den USA

Aber dieser von oben geschürte Rassismus kann nicht verdecken, daß die tieferen Ursachen für die Krawalle, an denen sich Bevölkerungsgruppen jeder Hautfarbe beteiligten, sozialer Natur sind. Die Situation verschlechtert sich für schwarze Arbeiter ebenso wie für ihre weißen Kollegen. Alle Arbeiter mußten zwischen 1978 und heute feststellen, daß sie für jede Arbeitsstunde 1,50 Dollar weniger in der Lohntüte hatten. Und das nach dem längsten

Wirtschaftsaufschwung der Nachkriegsgeschichte! Aber jeder konnte sehen, wo die Früchte des letzten Jahrzehnts geblieben waren. Die Millionäreinkommen stiegen in der gleichen Zeit um astronomische 243%. Jetzt besitzt das oberste Prozent der US-Bevölkerung mehr an privatem Netto-Reichtum als die unteren 90%!!

Und wenn die Explosion in den schwarz geprägten Stadtteilen begann, dann sicher, weil die sozialen Folgen der Krise des amerikanischen Kapitalismus in diesen Gebieten am verheerendsten sind.

Tatsache ist:

- die Arbeitslosenquote unter Schwarzen ist doppelt so hoch wie unter Weißen.
- Schwarze bekommen durchschnittlich 57 Prozent des Lohnes ihrer weißhäutigen Kollegen.
- in South Central (Los Angeles), wo die Unruhen begannen, ist jeder 2. schwarze Jugendliche arbeitslos.
- die Kindersterblichkeit schwarzer Säuglinge ist höher als in Malaysia.

Die Dritte Welt beginnt in Amerikas Innenstädten. Die Infrastruktur ist meist so heruntergekommen, daß die überwiegend von Schwarzen bewohnten Slums nicht an ein funktionierendes Nahverkehrssystem angeschlossen sind. Seit 1982 sind die nationalen Ausgaben für Wohnungsbau um 82 Prozent und für berufliche Entwicklung um 40 Prozent gesenkt worden. In New York rief Bürgermeister Dinkins die Gewerkschaften zu Verzicht auf und schaltete anschließend als Sparmaßnahme ein Viertel der Straßenbeleuchtung aus, schloß alle 32 Freibäder und kürzte alle sozialen Dienste. Natürlich hielt er dennoch an seinem Plan fest, gleichzeitig tausende von Polizisten neu einzustellen.

Für die Ärmsten ist „das soziale Netz durch ein Fahndungsnetz ersetzt worden“, erklärte ein Bürgerrechtler. Das ist der Keim für Unruhe und soziale Kämpfe – nicht die Hautfarbe.

Oliver Schulz und Peter Nowak, Jungsozialisten aus Kassel

Korrespondentenbericht aus den USA

Kalifornische Unterstützer der amerikanischen Schwesterzeitung von VORAN, *Labor Militant*, schreiben zu den Ereignissen:

„Die Ausschreitungen und Proteste waren nicht nur gegen das King-Gerichtsurteil gerichtet. ‚Es geht um völlige soziale Ungerechtigkeit.‘ sagte ein schwarzer Demonstrant zu *Labor Militant*.

Die Verärgerung über brutale Polizeieinsätze und die Benachteiligung in Amerikas Innenstädten ist in diesen Ereignissen hervorgebrochen.

Die Aufrehrer und Demonstranten umfaßten auch Weiße und Hispanier. In Oakland verließen Schüler aus Protest eine Reihe von Schulen. Die Zusammensetzung nach Bevölkerungsgruppen war gemischt und die Stimmung für Einheit stark.

Wir haben die Macht, jetzt laßt uns was verändern! sagte ein Studentensprecher der staatlichen Hayward Universität. Auch in den Benrieben war die Stimmung für Einheit stark. Unterstützer von *Labor Militant* hingen eine Unterschriftenliste aus, auf der der Gerichtspräsident verurteilt und die örtliche Arbeiterbewegung aufgerufen wurde, Massenproteste zu organisieren. Weiße und schwarze Arbeiter aus den Wasserwerken unter-

schriften begeistert. Bis zum 4. Mai hatten 400 Leute unterschrieben und eine Abordnung von 14 brachte die Liste zum zentralen Gewerkschaftsrat von Alameda, dem 70.000 Arbeiter angehören. Alle Besucher wurden hereingelassen, und die stattfindende Sitzung dauerte doppelt so lange wie üblich; alle Delegierten, die sprachen, wandten sich gegen das King-Urteil.

Als eine Resolution vorgeschlagen wurde, die vorgelegte Unterschriftenliste weiterzuleiten, kündigte der Gewerkschaftssekretär an, er werde sich mit dem Gewerkschaftssekretär von San Francisco treffen, um zu diskutieren, was zu tun sei.

Nichts war zu hören von den Führern der US-Gewerkschaften, obwohl ihre Mitglieder von der Polizei geschlagen wurden und von Arbeitsplatzverlusten und Gehaltskürzungen bedroht waren. So explodierte die Wut in Ausschreitungen. Und als die Ausschreitungen vorbei waren, saß Bush immer noch im Weißen Haus, Polizeichef Gates immer noch im Polizeipräsidium und die Arbeiterviertel lagen in Ruinen; die Arbeitslosigkeit, die Hoffnungslosigkeit und die Gewalt bleiben.

All das hätte verhindert werden können, wenn die Gewerkschaftsführer zu einem Streik in Los Angeles aufgerufen hätten, mit der Forderung



Labor Militant erscheint alle 2 Monate und kann über die Redaktion bestellt werden.

nach gerechter Bestrafung der Polizisten. Die Polizei und das Justizsystem müßten durch Komitees von gewählten Repräsentanten der Gewerkschaften, der Fabrikbelegschaften und der Wohnsiedlungen von örtlicher bis nationaler Ebene kontrolliert werden. Diese Forderung hätte die Arbeiterbewegung mit einer Kampagne gegen Rassismus und Armut verbinden müssen, um so den unorganisierten, blindwütigen Protest in eine mächtige Bewegung der stärksten Arbeiterklasse der Welt umzuwandeln.“

Spanien

Generalstreik gegen Generalangriff

Am 28. Mai folgte die Mehrheit der spanischen Arbeiter dem Aufruf der Gewerkschaften zu einem siebenstündigen Generalstreik gegen die Politik der Regierung. Am erfolgreichsten war der Streik in der Großindustrie. Die Polizei ging teilweise gegen Streikposten vor und verhaftete insgesamt 50 Arbeiter.

Dieser Generalstreik war allerdings nicht so erfolgreich wie der erste Generalstreik in der spanischen Geschichte überhaupt vom Dezember 1988. Bereits zum zweiten Mal mußten sich jetzt die spanischen Arbeiter mit einem Generalstreik gegen die arbeiterfeindliche Politik der „sozialistischen“ Regierung wehren.

Die Regierung der PSOE (Sozialistische Partei) unter Regierungschef Felipe Gonzalez, die sich seit 10 Jahren für die Interessen der Unternehmer einsetzt, hat in den letzten Monaten eine ganze Reihe von Angriffen auf die Arbeiterklasse durchgeführt. Sie alle sind Teil des Angleichungsprogramms an die EG. Spanien soll die wirtschaftlichen Bedingungen der Beschlüsse von Maastricht für die Währungsunion 1999 erfüllen. Es soll „für Europa fit gemacht werden“ – auf Kosten der Arbeiter.

So kürzte die Regierung per Dekret das Arbeitslosengeld, außerdem erhalten ab jetzt nur diejenigen Arbeitslosen, die ein Jahr lang gearbeitet haben – wobei über 30 Prozent aller Arbeitsverträge Zeitverträge von unter einem Jahr sind. Kürzungen im Gesundheitswesen, im öffentlichen Verkehr und in anderen sozialen Bereichen sind auch

vorgesehen. Doch die Angriffe des Kapitals beschränken sich nicht nur auf wirtschaftliche Beziehungen zu den Arbeitern, auch unsere demokratischen Rechte sind betroffen:

1) Die Regierung darf einen Streik als illegal bezeichnen; die Teilnahme an einem illegalen Streik kann den Verlust des Arbeitsplatzes und eine hohe Geldstrafe bedeuten. Das gleiche geschieht mit den Demonstranten.

2) Die Polizei darf ohne die Erlaubnis eines Richters in jedes Haus eintreten.

3) Die Polizei darf jeden, der sich ohne Nationalausweis oder Paß auf der Straße befindet, festnehmen.

Das „Umstrukturierungsprogramm“ der Regierung für die staatlichen Industrien bedroht im Bergbau und in der Stahlindustrie 35.000 Arbeitsplätze, 70.000 weitere sind indirekt bedroht.

Streikwelle

Die Kahlschlagpolitik führte zu einer Streikwelle: Im Oktober letzten Jahres gab es in Asturien einen 24-stündigen Generalstreik mit 100-prozentiger Teilnahme zur Verteidigung der Arbeitsplätze im Bergbau. Am 17. Januar



Madrid: Streikposten werden von der Polizei „beschützt“.

gab es einen Generalstreik in Andalusien, an dem 55.000 Arbeiter aus 96 Unternehmen in den bedrohten Branchen teilnahmen. In Catagena, wo 30.000 Arbeiter (die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung) von Entlassungen bedroht sind, endete eine Demonstration am 3. Februar in einer zwölfstündigen Schlacht mit der Polizei. Arbeiter bauten Barrikaden.

Am 14. Februar demonstrierten über 20.000 Vertrauensleute aus ganz Spanien in Madrid. Es gab Streiks der Beschäftigten bei der Metro in Barcelona. Busfahrer in Madrid streikten, weil ihre Gewerkschaftsführer entlassen wurden. Anfang April gab es einen landesweiten einwöchigen Bauarbeiterstreik.

Auf den Druck der Basis hin faßten die Gewerkschaften die Kämpfe zum Generalstreik vom 28. Mai zusammen und planen eine ganztägigen Generalstreik für Oktober. Sogar die Polizeigewerkschaft unterstützt den Aufruf.

Wie reagierten die Regierung und das Kapital auf den Aufruf zum Generalstreik? Beide reagierten so provokativ wie nur möglich. Der Unternehmer-

verband forderte die Illegalisierung des Generalstreiks vom 28. Mai. Die Regierung bestimmte für den 28. Mai den Tag der Armee, der jährlich mit Militärparaden stattfindet.

Der spanische Kapitalismus ist durch seine nicht mit Europa konkurrenzfähige Wirtschaft dazu gezwungen, den Lebensstandard der Arbeitnehmer besonders niedrig zu halten. Da die spanischen Arbeiter mit ihrer kämpferischen Tradition dieses nicht freiwillig hinnehmen, reduziert man die demokratischen Rechte.

Politische Alternative nötig

Gonzalez kann seine rechte Politik durchführen, weil es keine politische Alternative der Linken gibt. Die Gewerkschaftsführer sind nicht konsequent in der Führung des Kampfes. Regionale Gewerkschaftsgliederungen forderten, daß der Streik im Mai ganztägig und der im Oktober zweitägig sein solle. Das ist völlig richtig, denn es ist hier nicht üblich, daß man nur einige

Stunden streikt. Obwohl man den halben Tag arbeitet, wird der Lohn um mehr als die Hälfte gekürzt. Ein ganztägiger Streik mit konsequenter Mobilisierung wäre also wahrscheinlich erfolgreicher gewesen.

Der 28. Mai kann nur der erste Schritt im Kampf gegen die Wirtschaftspolitik der „sozialistischen“ Regierung sein. Nötig ist eine klare politische Alternative: ein sozialistisches Programm, daß die Notwendigkeit der Verstaatlichung der Banken und der Schlüsselindustrien unter demokratischer Kontrolle der Arbeiter erklärt.

Oskar Munoz Gonzalez, Madrid
Unterstützer von *Manifiesto*,
spanische Schwesterzeitung von
VORAN



Polen

Walesa plant brutale Unterdrückung

Polen stehen die größten politischen Umwälzungen seit dem Beginn der kapitalistischen Restauration vor zweieinhalb Jahren bevor. Die seit fünf Monaten amtierende Olszewski-Regierung ist durch ein gespaltenes Parlament gelähmt und kann keine Gesetze durchbringen.

Finanzminister Olechowski ist zurückgetreten, nachdem die Haushaltsvorschläge der Regierung abgelehnt wurden und der Sejm (das Parlament) einer Erhöhung der öffentlichen Ausgaben zugestimmt hatte.

Die Ablehnung der Privatisierung und des Wirtschaftsprogramms der Re-

gierung wächst. Die Arbeiter können keine weiteren Opfer bringen. Weitere Kürzungen des Lebensstandards würden bedeuten, daß es weniger Essen auf dem Tisch gibt. Eine Meinungsumfrage im März zeigte, daß 73 Prozent die Situation für schlecht hielten. Und die Bevölkerung ist bereit, sich zu wehren: 71 Prozent meinten, daß Streik die richtige Antwort sei – im letzten Juni waren es noch 49 Prozent.

Am 24. April gingen 70.000 in Warschau auf die Straße, die größte Demonstration seit vielen Jahren. Sie demonstrierten gegen Arbeitslosigkeit, Preiserhöhungen und Verarmung. Sie verlangten Maßnahmen zur Beendigung der Rezession und eine Aufhe-

bung des Lohn- und Pensionsstopps im öffentlichen Dienst.

Die Demonstranten marschierten zum Belweder-Palast, Walesas Amtssitz. Die Stimmung war gereizt, als sie Walesa zu sprechen verlangten. Sprechchöre wurden angestimmt: „Schickt Walesa zum fischen“, „Wachowski, Du Dieb“. Wachowski ist Walesas engster Berater, der in Fälle von Korruption verwickelt war. Er ist eine Rasputin-ähnliche Figur und startete seine Karriere als Walesas Chauffeur.

Schließlich kam Walesa heraus und sprach zu den Demonstranten. Er erklärte, daß er an der Spitze der Demonstration marschieren würde, wenn er nicht Präsident wäre. Dann begann er mit schwankender Stimme die Nationalhymne zu singen, wobei er von den Buh-Rufen und dem Spott der Menge begleitet wurde.

Regierung ohne Macht

Mitte Mai entschied der Sejm, das Urteil des Verfassungsgerichtes zu unterstützen, das den Lohn- und Pensionsstopp im öffentlichen Dienst für ungesetzlich erklärt. Das führt zu einer Erhöhung der öffentlichen Ausgaben, die das Haushaltsdefizit auf einen Anteil von 8 Prozent des Bruttosozialprodukts anheben wird. Die Obergrenze, die kürzlich mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbart wurde, war 5 Prozent.

Trotz seiner Isolierung hängt Premierminister Olszewski stur an der Macht. Aber es ist unwahrscheinlich, daß seine Regierung viel länger halten wird, da keine Initiative der Regierung

es mehr schafft, Unterstützung im Parlament zu bekommen.

Eine Weigerung, den Ausgleich für die Arbeiter und Pensionäre durchzuführen, die unter dem Lohnstopp gelitten haben, würde die bisher größten Proteste provozieren.

Der Vorsitzende von Solidarnosc, Krzaklewski, warnte die Regierung, daß die Demonstration in Warschau die vorletzte Warnung gewesen sei – die letzte würde eine Generalstreik sein.

Möchtegern-Diktator Walesa

Jetzt wird eine autoritäre Lösung in Betracht gezogen. Walesa verlangt Spezialvollmachten, um eine starkes Präsidentenamt zu schaffen. Aber für eine Verfassungsänderung wird eine Zweidrittel-Mehrheit benötigt, die er wahrscheinlich nicht bekommen wird.

Seit der Bildung der ersten Solidarnosc-Regierung 1989 hat Walesa sich eine Basis in der Armee aufgebaut. Vor ein paar Wochen wurde ein Skandal aufgedeckt: Der Stabschef des Präsidenten hatte einer Reihe von Offizieren eine Beförderung als Gegenleistung für die Unterstützung beim Sturz der Regierung versprochen. Das Amt für nationale Sicherheit, dem Walesa vorsitzt, hatte für den Fall der Ablehnung der Haushaltsvorschläge der Regierung durch den Sejm Pläne zur Einführung des Kriegsrechts vorbereitet.

Eine harte Diktatur würde jedoch zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich verfrüht sein. Obwohl es steigende Verzweiflung und Frustration gibt, wächst auch das Selbstvertrauen und

die Kampfbereitschaft der Arbeiter. Eine Umfrage zeigte, daß 67 Prozent meinen, sie hätten das Recht, auf den Straßen zu demonstrieren, während nur 12 Prozent meinten, daß der Staat das Recht hätte, Gewalt gegen Demonstrationen anzuwenden.

Die Arbeiter würden eine Diktatur nicht hinnehmen, ohne ihr Organisations-, Streik-, und Demonstrationsrecht zu verteidigen.

Wahrscheinlicher ist eine Verschiebung von der parlamentarischen zu einer milden Form der autoritären Herrschaft. Walesa würde versuchen, sich auf verschiedene Teile der Gesellschaft zu stützen. Eine kürzliche Umfrage in der „Gazeta Wyborcza“ zeigte, daß 30 Prozent die Idee einer „Regierung der starken Hand“ unterstützen, während 50 Prozent diese ablehnten. Andererseits hielten 25 Prozent einen Generalstreik für die richtige Lösung.

Eine Alternative wäre die Erweiterung der jetzigen Regierungskoalition, aber sogar wenn eine neue Koalition gebildet würde, gäbe es keine dauerhafte Stabilität. Neue Spaltungen und Meinungsverschiedenheiten werden auftauchen.

Aber was auch passiert, die Arbeiter werden den Kampf für die Verteidigung ihres Lebensstandards und gegen Privatisierung aufnehmen. Wenn sie erkennen, daß der Kapitalismus ihre Probleme nicht lösen kann, werden mehr und mehr Arbeiter sich den Ideen des wirklichen Sozialismus und der Arbeiterdemokratie zuwenden.

Von einem polnischen
Korrespondenten

Marktwirtschaftliche Misere

Die kapitalistischen „Reformen“ haben für die polnischen Arbeiter enorme Härten bedeutet. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 2,5 Millionen und es wird vorausgesagt, daß sie bis Jahresende bei drei oder vier Millionen liegen wird. Die Industrieproduktion ist in den letzten zwei Jahren um ca. 40 Prozent gefallen.

Brutale Kürzungen wurden bei den Sozialausgaben vorgenommen und die Arbeiter stehen vor einer neuen Runde von Sparmaßnahmen. Allein im Mai stiegen die Preise für Fleischwaren um 5 Prozent. Gleichzeitig waren die Löhne und Pensio-

nen im öffentlichen Dienst für die letzten 14 Monate eingefroren.

Dies alles hat zu einer steigenden Kampfbereitschaft geführt. Im Januar hat Solidarnosc einen einstündigen landesweiten Streik organisiert. In vielen Betrieben haben Arbeiter Hungerstreiks und Besetzungen gegen Privatisierungs- und Entlassungspläne organisiert. Die Lehrer führen seit Monaten eine Kampagne für bessere Bezahlung durch. Im letzten Jahr ist ihr Realeinkommen um ca. 70 Prozent gefallen. Sie sind jetzt der schlechtestbezahlte Teil der Arbeiter im Land. Die Regierung will zwischen 60.000 und 100.000 Lehrer entlassen.

Schottland: Vom Gefängnis in den Stadtrat

Bei den britischen Kommunalwahlen am 7. Mai haben Kandidaten von **Scottish Militant Labour (SML)** vier Sitze im Stadtrat von Glasgow gewonnen. In den sieben Bezirken, wo SML antrat, haben wir 38,7 Prozent der Stimmen bekommen – mehr als die offizielle Labour Party, die 32 Prozent erreichte.

Tommy Sheridan, der wegen seiner führenden Rolle im Kampf gegen die ungerechte Kopfsteuer (Poll Tax) zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde, gewann die Wahl aus dem Gefängnis heraus, nachdem er schon bei den Parlamentswahlen im April als Kandidat der SML ein gutes Ergebnis erzielt hatte. Zwei der Kandidaten wa-

ren vorher Labour-Stadträte und wurden von der Führung bürokratisch von ihren Posten entfernt. Sie wurden von ihren Labour-Basisgruppen unterstützt und kandidierten in deren Namen. Chic Stevenson und Jim McVicar bekamen 1222 und 1392 Stimmen im Vergleich zu nur 272 und 624 Stimmen für die beiden „offiziellen“ Labour-Kandidaten.

Dieser Erfolg für das Programm der marxistischen Zeitung **Militant** gegen die rechte Politik der offiziellen Labour-Kandidaten zeigt, daß die Labour-Führung falsch liegt, wenn sie meint, daß mit sozialistischer Politik keine Wahlen zu gewinnen seien. Trotz der Erstreckung der parteiinternen Demokratie und der Hexenjagden auf die Parteilinke wird Militant den Kampf

um die sozialistische Erneuerung der Labour Party fortführen.

Der **Observer** kommentierte: „Militant ist angeblich tot und begraben mit einem Pflock durch das Herz. Aber Tommy Sheridan warf von seiner Zelle eine kräftige Handvoll Sand in das Getriebe der Glasgow Labour Party“.

Die schottische Ausgabe der **Sunday Times** schrieb in einem Artikel unter der Überschrift „Warum Labour im Sheridan-Land verloren hat“: „Sheridans Wahlkampf drehte sich um die Armut ... Er hat zum ersten Mal Hoffnung gegeben ... Die Menschen dieses Stadtviertels haben mit Sheridan einen Vorkämpfer ihrer Interessen und Führer gefunden.“

Ein Korrespondent von **Scottish Militant**

Südafrika Für Selbstverteidigung hinter Gitter

Philemon Mauku wurde des illegalen Waffenbesitzes für schuldig befunden. Diese Waffen hatte er im Auftrag des Stadteinkomitees angeschafft, um die Selbstverteidigung gegen die heimlich vom Staat finanzierte und ausgebildete Terrororganisation Inkatha zu organisieren.

Viele Zeugen bestätigten in dem Prozeß Inkathas Terrorherrschaft in den Townships und das Versagen der Polizei bei der Verteidigung der Bewohner. Neue Enthüllungen über die Zusammenarbeit zwischen Inkatha und der Polizei verstärkten die Notwendigkeit von Philemons Tätigkeit zur Selbstverteidigung.

Seine Verhandlung wurde zwei Mal verschoben. Das erste Mal, um der Anklage Zeit zu geben, Zeugen der Polizei aufzurufen, die den machtvollen Argumenten der Verteidigung begegnen sollten. Doch mit der Verurteilung hat das Gericht wieder einmal bewiesen, daß es im „neuen Südafrika“ immer noch ein Gesetz für schwarze Arbeiter gibt und ein anderes für weiße Polizisten und ihre angeheuerteten Mörder.

Philemon ist Unterstützer der Marxistischen Arbeitertendenz im ANC, die uns zu seiner Verurteilung folgenden Brief geschrieben hat:

„Mit großer Trauer und großem Ärger teilen wir Euch mit, daß **Philemon Mauku** zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt wurde, wovon zwei auf Bewährung ausgesetzt

wurden. Mit anderen Worten ist es eine dreijährige Gefängnisstrafe. Selbst bei vorzeitiger Entlassung wird er mindestens noch bis Ende Dezember 1993 im Gefängnis bleiben.

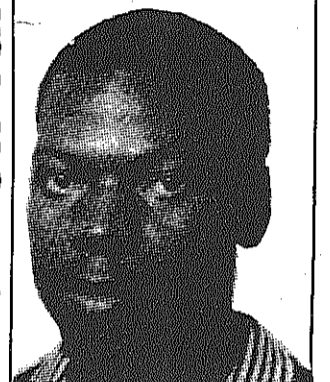
Wir haben gegen die Verurteilung und das Strafmaß Widerspruch eingelegt. Doch das Gericht hat eine Verlängerung der Freiheit auf Kautions abgelehnt. Das bedeutet, daß Philemon vor der Berufungsverhandlung mindestens sechs Monate im Gefängnis sein wird.

Wir werden die Kampagne für seine Freilassung fortführen.“

Schickt Protestschreiben an:
Südafrikanische Botschaft, Auf der Hostert 3, 5300 Bonn.

Philemon Mauku

Freiheit für



Dafür kämpft VORAN:

- ★ Ein massives staatliches Programm zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus, des öffentlichen Personennahverkehrs bei Nulltarif, des Bildungs- und Gesundheitswesens, von Umweltschutzmaßnahmen.
- ★ Arbeit für alle. Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung.
- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost- und Westdeutschland, für Männer und Frauen, Deutsche und Ausländer.
- ★ Garantiertes Mindesteinkommen (einschließlich Renten) von 1800 DM netto für alle ab 18 Jahre.
- ★ Steuerreform mit dem Ziel der Abschaffung aller indirekten Steuern auf den Massenverbrauch und Steuerprivilegien für die Reichen; einfaches Steuersystem mit direkter, einkommensbezogener Besteuerung bei starker Progression (d.h. höhere Belastung der Großverdiener).

- ★ Bleiberecht für alle Ausländer und volle rechtliche Gleichstellung mit deutschen Bürgern.
- ★ Volles Wahlrecht auf allen Ebenen für alle in Deutschland lebenden Menschen ab 16 Jahren.
- ★ Ersatzlose Streichung des §218; kostenlose Verhütungsmittel; hundertprozentige qualifizierte Versorgung mit staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Kinder zum Nulltarif.
- ★ Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. garantierten Ersatzarbeitsplätzen für die Beschäftigten.
- ★ Keine Privatisierung staatlicher Betriebe in Ost und West, Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen im Westen; demokratische Verwaltung der staatlichen Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. 1/3 Vertreter von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat), die nicht

- mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.
- ★ Statt kapitalistischer Verschwendung und bürokratischer Mißwirtschaft: für einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Umwelt.
- ★ Keine Unterordnung der SPD-regierten Städte, Landkreise und Länder unter die Zwänge der von der Bundesregierung vorgegebenen Spar- und Steuerpolitik. Stattdessen gemeinsamer Widerstand mit den Gewerkschaften gegen Kohl und Kapital.
- ★ Die SPD muß die arbeitende Bevölkerung für ein solches sozialistisches Programm mobilisieren.
- ★ Ein sozialistisches Deutschland müßte ein erster Schritt zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa und einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung im Interesse der Ausgebeuteten und Unterdrückten sein.

ihr da oben . . .

Grüner Kapitalismus

Private Energieversorgungsunternehmen in den USA behandeln Verschmutzung wie eine Ware, die gekauft und verkauft werden kann! Das Unternehmen Wisconsin Power and Light produziert weniger Schwefeldioxid, Hauptverursacher von saurem Regen, als viele andere. Also verkauft es sein Recht, 10.000 Tonnen Schadstoff auszustoßen, an eine alte Dreckschleuder, die die Schadstoffgrenzwerte der Regierung überschreitet. Wisconsin Power and Light bekommt dafür fast drei Millionen Dollar.

Urbi et Orbi

Beten und arbeiten – damit sollen wir uns nach Meinung des Dominikanerpaters Basilius Streithofen wahrscheinlich zufriedengeben. Das Streikrecht lehnt er ab: Streik sei ein „Überbleibsel frühkapitalistischen Fehderechts“ und naturrechtlich betrachtet ein „Notstandsrecht“. Deshalb dürfe nur in Notstandssituationen gestreikt werden, zum Beispiel „wenn das Einkommen der Arbeitnehmer an der Grenze oder unter dem Existenzminimum liegen würde.“ Streithofen fordert eine entsprechende Neuregelung des Arbeitskampfrechts.

Sklaverei

Nach einem Bericht des US-Nachrichtenmagazins „Newsweek“ leben bis zu 100 Millionen Menschen noch heutzutage in Sklaverei. Das Blatt beschreibt, wie von Emiren und Scheichs in Kuwait und Saudi-Arabien die Sklaverei durch Scheinheiraten und falsche Beschäftigungsverhältnisse getarnt wird.

Nach dem Ende des letzten Golfkriegs haben Hunderte aus solchen „Arbeitsverhältnissen“ in Kuwait ent-



flohene Menschen in den dortigen Botschaften Zuflucht gesucht.

Ein indisches Hausmädchen meldete während eines Aufenthalts ihrer Herren in London der dortigen Polizei, daß zwei Schwestern des Emirs von Kuwait sie vier Jahre lang als Sklavin gehalten hätten. In der südchinesischen Provinz Sichuan werden jährlich bis zu 10.000 Frauen und Kinder entführt, um sie in Thailand zur Prostitution zu zwingen.

Es gibt nichts zu tun, ...

... also packen wir auch nichts an. So sieht Esso-Vorstandschef Thomas Kohlmorgen das Problem mit dem Treibhauseffekt, der durch das unter anderem bei der Verbrennung von Erdöl entstehende CO₂ verursacht wird: „Man muß sich damit auseinandersetzen, aber bewiesen ist nichts.“



. . . . wir hier unten

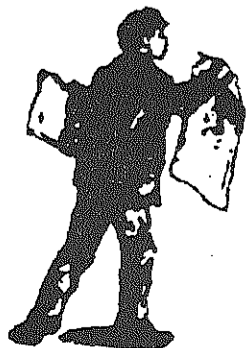
Ich möchte **VORAN** unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name _____

Anschrift _____

Telefon _____

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 02 21/1345 04



Ich möchte VORAN abonnieren, 10 Ausgaben zu 18,- DM

zusätzlich _____ Exemplare von jeder Ausgabe zum Weiterverkaufen (in Kommission – Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo zu DM _____ beziehen (ab 30,- DM)

NEU: ein VORAN-„Schnupperabo“, 3 Ausgaben zu 5,- DM

Name, Anschrift, Telefon _____

Bitte Summe auf Spendenkonto überweisen (s. Kampffonds). Keine automatische Abo-Verlängerung.

Kampffonds Selbstbedienungsladen BRD

Beispiel 1: Treuhandanstalt. Sogar der Bundesrechnungshof fühlte sich neulich dazu genötigt, das Unternehmen der „hemmunglosen Selbstbedienung“ zu bezichtigen – wegen der zu hohen Jahresgehälter (Spitzengehalt: 240.000 DM), Jahresprämien von bis zu 44.000 DM für besondere Leistungen (eine Art von „Gefahrenzulage für Jobkiller“ vielleicht?) und der einjährigen Wartezeit für Rentenanträge.

Beispiel 2: Politikerbezüge. Wen wundert's, Kohl hält nichts von einer „Null-Runde“ für Minister, aber daß SPD-Spitzenpolitiker wie Lafontaine und Klose ihre überhöhten Renten bzw. Jahresbezüge unbedingt verteidigen wollen, muß bei Wählern und Parteimitgliedern sauer aufstoßen.

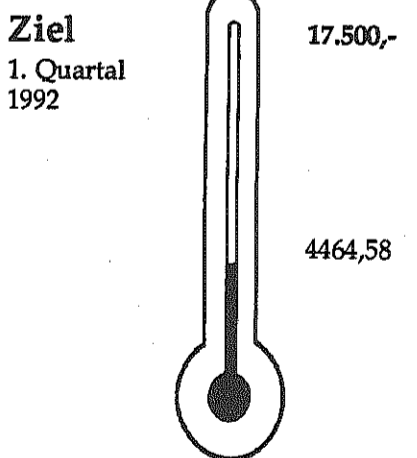
Viele Menschen fühlen sich deshalb von Industriemanagern wie Politikern für dumm verkauft. VORAN ist eine Zeitung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche und tritt für ihre Interessen ein. Sie finanziert sich durch Verkaufserlöse und die Spenden ihrer Leser.

Das erste Quartal 1992 schlossen wir mit DM 12.023,34 DM ab, das war 69 Prozent unseres Ziels. Im zweiten Quartal haben wir bereits 4.464,58 DM eingenommen, unter anderem durch vielfältige Aktivitäten bei den Kundgebungen am 1. Mai und während des ÖTV-Streiks. So wurden bei einer zentralen Streikkundgebung in Köln am 5. Mai 130,- DM am Büchertisch eingenommen. In einem Streiklokal Kölner Erzieherinnen wurden am ersten

Streiktag 30 Kita-Streik-Buttons verkauft; Gewinn für den Kampffonds 45,- DM.

Aber es gibt noch viel zu tun, bevor unser Ziel für das 2. Quartal erreicht wird! Bei politischen Open-Air-Veranstaltungen wie dem Juso-Pfingstcamp oder auch Musikfestivals lassen sich neben unseren Broschüren die T-Shirts gut verkaufen. Außerdem eignet sich das Wetter wieder für Grillfeste und Flohmärkte, die Spaß machen und dabei – wenn gut organisiert – jede Menge Geld für den Kampffonds einbringen.

Fiz Garvie, Redaktion



Spendenkonto:
VORAN, Postgiroamt Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430

Juso-Bundeskongreß 22.-24. Mai 1992 in Wolfenbüttel

Warten auf den „Aufbruch von links“

Vor einem Jahr verabschiedete der Bundesverband der JungsozialistInnen in der SPD eine Grundsatzklärung mit dem Schluß „Die Jusos brauchen einen neuen Aufbruch von links“. In diesem Jahr gelang es teilweise, die politische Lähmung, die auf den Bundeskongressen der vergangenen Jahre vorherrschte, zu überwinden – von einem „neuen Aufbruch“ zu sprechen, wäre allerdings doch etwas übertrieben.

Gleich am ersten Tag kam es vor dem Hintergrund der Debatte über die

und das Umkippen der SPD in der Frage der Änderung des Grundgesetzartikels 16 verurteilt. Ebenfalls hat sich der Bundeskongreß gegen Große Koalitionen auf Bundesebene und in den Ländern ausgesprochen.

Der Kreisverband Freiburg forderte sogar den geschlossenen Austritt der Jusos aus der SPD und den Aufbau einer „unabhängigen sozialdemokratischen Organisation“ im Falle einer Zustimmung der SPD-Führung zur Grundgesetzänderung. Viele Diskussionsredner erklärten richtigerweise, daß eine solcher Schritt eher ein Ausdruck der Hilflosigkeit sein würde und

Dabei sind ausdrücklich alle Optionen offenzuhalten.“

Es ist positiv, daß die Jusos ihre Kritik an der SPD-Politik schärfer formulieren, trotzdem hat eine solche indirekte Austrittsdrohung eher symbolischen Wert. Durch das Stellen eines Ultimatums wird der politische Einfluß der Jusos auf die Partei nicht gestärkt.

Inkonsequenz in der Asylfrage

Trotz der scharfen Kritik an der aktuellen Politik der Bundes-SPD wurde deutlich, daß die Mehrheit des Verbandes, einschließlich der Mehrheit der „Juso-Linken“, letzten Endes doch die „Sachzwänge“ des Kapitalismus akzeptiert. Die konsequente Forderung nach offenen Grenzen und gegen Einwanderungsquoten wurde nur von ca. 20-25 Prozent der Delegierten unterstützt, als ein entsprechender Änderungsantrag vom Unterbezirk Köln („Juso-Linke“) zum asylpolitischen Leitartikel eingebracht wurde. Mit großer Mehrheit wurde die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz mit Quoten beschlossen (Zur Position von VORAN siehe Artikel auf den Seiten 3 und 12 dieser Ausgabe).

Treffender Kommentar eines anonymen Kongreßteilnehmers auf einer Stellwand: „Wenn Ihr zwischen Ausländern und Deutschen unterscheidet, seid Ihr doch Rassisten. Wenn eine Million Deutsche hier geboren werden, ist es klar, daß sie bleiben dürfen. Aber Ausländer wollt ihr quotieren. F... Off!“

Hauptthema Europa

Auf diesem Bundeskongreß gab es wieder eine Mehrheit für die „Juso-Lin-

ke“, nachdem im letzten Jahr die gemäßigten „Reformsozialisten“ unter dem Vorsitzenden Ralf Ludwig den Verband übernommen hatten.

Schon im letzten Jahr wurde trotz der Mehrheit für die „Reformsozialisten“ der Grundsatzprogrammwurf der „Juso-Linken“ beschlossen. Dieses Jahr wurde das Verschwimmen der politischen Grenzen zwischen den beiden Hauptströmungen daran deutlich, daß zum Hauptthema „Europa“ ein gemeinsam eingebrachter Antrag vorgelegt wurde, den nicht nur eingeschworene VORAN-Unterstützer sondern auch einige Mitglieder der „Juso-Linken“ für schwammig und nichtssagend hielten. Er wurde aus Zeitmangel dann doch nicht behandelt.

Allein die anwesenden VORAN-Unterstützer erklärten klar, daß das Projekt EG-Binnenmarkt abgelehnt werden muß, weil es auf europaweiten Sozialabbau und die Schaffung eines Europas der Konzerne abzielt. Die anderen Juso-Strömungen folgten grundsätzlich der Position, die auf dem Kongreß vom SPD-Europaabgeordneten Gerhard Schmidt vorgetragen wurde: Nutzung der EG-Strukturen und -Institutionen für eine „soziale Gestaltung Europas“.

Aber soziale Verbesserungen werden nicht an den Grünen Tischen in den Gremien der EG durchgesetzt, sondern durch gemeinsamen Kampf der Arbeitnehmer gegen den gemeinsamen Feind, die europäischen Kapitalisten und ihre Regierungen. Die Alternative der Arbeiterbewegung in Europa kann nur die Forderung nach einem sozialistischen Europa sein, nicht die „kritische Unterstützung“ für die Beschlüsse von Maastricht (siehe auch unser Bericht aus Spanien, Seite 9).

Drogenpolitik

Zum Thema Drogen wurden sinnvolle Forderungen nach Entkriminalisierung des Drogenkonsums beschlossen. Allerdings werden diese Positio-

nen inzwischen von der „Mehrheit aller Polizeipräsidenten auch unterstützt“, wie ein Delegierter anmerkte.

Die Jusos hätten erklären müssen, daß Drogenproduktion und -verteilung in keinem Fall der freien Marktwirtschaft überlassen werden dürfen. Der Antrag der Juso-AG Stuttgart Mitte hat in dieser Hinsicht eine klare Position vertreten (er bekam leider nur ca. 15 Stimmen von ca. 280 anwesenden Delegierten).

Wie weiter mit den Jusos?

In der Rechenschaftsdebatte wurde harte und treffende Kritik an dem im letzten Jahr neu gewählten Vorstand geübt. Ein „Kuschelkurs“ gegenüber der Parteiführung sowie mangelnde Initiative im Kampf gegen Rassismus oder auch in der Unterstützung der Streikbewegung wurden kritisiert. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Jens Geier wird demnächst persönlicher Referent von Björn Engholm und meint, dies wäre mit seinem Juso-Amt vereinbar!

Allerdings fehlte in der Rechenschaftsdebatte das Eingeständnis der „Juso-Linken“, daß sich der Bundesvorstand unter ihrer Führung auch nicht gerade mit Ruhm bekleckert hatte.

Wir warten also weiterhin auf einen wirklichen „Aufbruch von links“. Grundlage hierfür muß unserer Meinung nach ein klares sozialistisches Programm sein, mit dem die Probleme von Jugendlichen in bundesweiten Kampagnen aufgegriffen werden.

In dem großen ÖTV-Streik ist deutlich geworden, welche Macht die Arbeiterbewegung besitzt. Der Juso-Bundesverband muß in Zukunft in solche Kämpfe eingreifen und seine politischen Positionen in Abgrenzung zur Haltung der SPD-Führung deutlich machen.

Ulf Petersen, Köln
Jungsozialist



VORAN - die marxistische Alternative bei den Jusos

Asylpolitik zu einer engagierten Diskussion über das Verhältnis der Jusos zur „Mutterpartei“ SPD. Die Delegierten verurteilten einmütig das Verhalten der SPD-Führung in der Asyldebatte und ihren Opportunismus gegenüber der CDU.

Das von der SPD-Bundestagsfraktion mitgetragene Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz wurde abgelehnt

es viel sinnvoller sei, die Kräfte auf die Stärkung der innerparteilichen Opposition gegen die rechte Politik der SPD-Führung zu konzentrieren.

So wurde dann mit großer Mehrheit folgende Kompromißformel beschlossen: „Falls der Artikel 16 des Grundgesetzes mit Stimmen der SPD geändert wird, werden die Jungsozialisten ihr Verhältnis zur SPD neu überdenken.“

Jusos aktiv im ÖTV-Streik

Kassel Städtische Kliniken

In Kassel streikten die Städtischen Kliniken vom 4. Mai an. Wir waren dort bekannt, weil wir schon einmal eine Solidaritätsadresse in der letzten Tarifrunde gehalten hatten. Außerdem waren wir gegen den Pflegenotstand und gegen die Privatisierung der Städtischen Kliniken aktiv.

Als wir am Montag Morgen um sechs Uhr an den Kliniken ankamen, war die Situation noch etwas unsicher. Die Streikleitung schien keine klare Anleitung für den Verlauf des Streiks gegeben haben. Es waren kaum Flugblätter vorhanden und keiner wußte so genau, wie man auf Leute reagieren sollte, die in die Kliniken reingehen. Es war nicht klar, ob es sich um Leute handelt, die in den Notdienst eingeteilt waren, oder um Streikbrecher.

Wir konnten unser Transparent direkt vor den Kliniken aufbauen. Wir hatten zuerst die Befürchtung, die KollegInnen etwas zu überfahren, aber das Transparent wurde mit Jubel aufgenommen und unser Motto „9,5% – jetzt erst Recht“ ist auf der Photoausstellung über den Streik zu bewundern. Des weiteren halfen wir den KollegInnen beim Flugblattverteilen und hatten Kaffee und Kuchen dabei.

Bei einer Kundgebung vor dem Krankenhaus sprachen zahlreiche Gewerkschafter und die Stimmung war kämpferisch. Nur verhaltenen Beifall

bekam allerdings ein höherer Funktionär, der meinte, daß der Aufruf an die Arbeitnehmer, Verzicht zu üben, grundsätzlich richtig sei, nur nicht in der Tarifrunde.

Sehr gut kam dagegen die Rede von Oliver Schulz, Mitglied des Juso-Unterbezirksvorstandes, an. Er erklärte, daß das nötige Geld in den Taschen der Unternehmer ist und kritisierte scharf das Verhalten von Heide Simonis. In Abgrenzung zu ihr stellte er klar, daß die Jusos ihre Rolle darin sehen, in SPD und Öffentlichkeit für die Forderungen der Gewerkschaften zu werben.

Ein Personalratsvorsitzender lobte die Jusos. Er wollte selbst in seiner Rede die SPD kritisieren, meinte aber, daß es gut sei, wenn die SPD-Jugendorganisation dies tut. Eine SPD-Genossin, die seit 50 Jahren in der Partei ist, sagte nachher im Streikbüro, daß ihr unser Auftreten Mut gemacht habe, wo doch die Leute oben in der SPD immer mehr abdriften.

Die Kasseler Jusos haben sich im Streik als aktive Kämpfer für Arbeitnehmerinteressen bekanntgemacht. Zwei Kollegen aus den Kliniken haben erklärt, daß sie jetzt bei den Jusos mitmachen wollen.

Daniela Heipel, Kassel

Aachener Klinikum

Am 4. Mai begann im Klinikum der Streik. Mit sechs Genossen hatten wir uns um halb sechs vor dem Kli-

nikum getroffen, um die Kollegen und Kolleginnen zu unterstützen und uns mit ihnen zu solidarisieren. Da die ÖTV nicht genügend Leute mobilisiert hatte, verteilten wir den Streikaufruf der ÖTV an die Kollegen und Kolleginnen.

Wir wurden freundlich aufgenommen, da man froh war, daß wir aushalfen. Auch die Stimmung unter den Kollegen war freundlich. Die Kollegen haben anerkannt, daß wir mehrere Stunden unserer Freizeit geopfert haben, um ihnen zu helfen und sich mit ihnen zu solidarisieren. Man wurde von Kollegen ernst genommen und bekam nicht die sonst üblichen Vorurteile zu hören.

Auf der Streikkundgebung konnte ich unsere Solidaritätserklärung verlesen, nachdem Vertreter der am Klinikum vertretenden Gewerkschaften gesprochen hatten. Die Erklärung wurde überwiegend positiv von den Beschäftigten aufgenommen.

Holger Dröge, Aachen

Stuttgart/Bürgerhospital

Am 6. Mai war am Bürgerhospital der erste Streiktag. Wir wollten uns erkundigen, wie die Stimmung ist und vor allem, ob wir die Streikenden unterstützen können. Als wir – mit einem Juso-Transparent – ankamen, wurden wir mit Beifall begrüßt. Wir verabredeten mit der Streikleiterin, am nächsten



Stuttgarter Jusos beim Streikposten

Morgen wiederzukommen und Streikposten zu stehen.

Am nächsten Morgen standen wir ab halb sechs an der Pforte und sprachen mit den KollegInnen. Viele wollten gerne streiken, durften aber nicht, weil sie zum Notdienst eingeteilt waren. Damit auch sie ihre Unterstützung für den Streik zeigen konnten, kamen wir auf die Idee, am Mittag an der Pforte eine kleine Kundgebung zu machen. Wir sagten allen, die reingingen, den Termin und hängten ein Plakat an die Pforte.

Außerdem machten wir am vormittag einen Rundgang durch das ganze Krankenhausgelände, um für die Kundgebung zu mobilisieren. Am Anfang überließen die KollegInnen das Diskutieren den Jusos, aber nach und nach wurden sie selbstsicherer. Als dann am Mittag wirklich viele an die Pforte kamen, konnten sie den Erfolg ihrer Arbeit sehen. Eingerahmt von Liedern und einem Sketch von uns hielten die Streikleiterin, eine Genossin und eine Patientin kurze Reden. Die

Presse war auch da und berichtete am nächsten Tag.

Außerdem wurde die Zeit durch einen einstündigen Sympathiestreik einiger Ärzte und den Besuch von Kamera-Teams aus Italien, Großbritannien und Österreich aufgelockert. Kein Wunder, daß die Stimmung gut und die Bereitschaft weiterzustreiken hoch war. Als wir am nächsten Tag wieder da waren, war die Stimmung ganz anders. Die ÖTV hatte am Abend dem faulen Kompromiß zugestimmt. Ein paar meinten, daß nicht mehr drin gewesen wäre, aber die große Mehrheit war stinksauer. Eine Schwester antwortete auf die Frage, was sie vom Abschluß halte: „Scheiße!“ Allein am nächsten Streiktag sind 15 oder 16 KollegInnen in die ÖTV eingetreten. Mit dieser Politik wird die Gewerkschaftsführung viele davon wieder vergraulen.

Wolfram Klein,
Stuttgart,
Jungsozialist



aktiv bei den Jusos

Unruhen in den USA	Seite 8
Neuregelung des § 218	Seite 3
Generalstreik in Spanien	Seite 9

VORAN

Zeitung der Marxisten in SPD, Jusos und Gewerkschaften

Nr. 142 - Juni 1992

1,- DM - Solidaritätspreis: 2,- DM

Nein zu Einwanderungsquoten - für offene Grenzen

Kämpft gegen Kohl, nicht gegen Flüchtlinge!

Die Rechtsregierung in Bonn warnt: Wir Deutschen seien bedroht, unser Lebensstandard sei durch unkontrollierte Zuwanderung in Gefahr. Die Bundesregierung verspricht Abhilfe: Asylbewerber werden beschleunigt abgeschoben, Einwanderungsquoten sollen eingeführt werden. Auch die SPD-Führung ist dafür.

Einwanderungsquoten, die von der Regierung bestimmt werden, sollen entscheiden, welche Menschen aus welchem Land in welcher Zahl nach Deutschland einreisen dürfen.

Wem nützen Einwanderungsquoten? Das ist die erste Frage, die man stellen muß. In wessen Interesse wird hier gehandelt? Die Rechten reden von „deutschen Interessen“ die es zu verteidigen gelte. So als ob alle Inhaber eines deutschen Personalausweises deswegen die gleichen Interessen hätten. Das ist nicht neu. Kaiser Wilhelm sagte 1914 am Beginn des I. Weltkrieges: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“. Ergebnis: Die Arbeiter verloren ihr Leben auf den Schlachtfeldern, die Kapitalisten bereicherten sich am Krieg.

te im öffentlichen Dienst und in der privaten Wirtschaft. Gut- und Schlechterverdienende. Beschäftigte mit befristeten und solche mit unbefristeten Arbeitsverhältnissen.

Die Ausländer selber werden weiter gespalten, auf- und unterteilt in Ausländer, EG-Ausländer, Farbige und Weiße, Asylbewerber, Flüchtlinge, die „anerkannt“ werden, Flüchtlinge, die „geduldet“ und Flüchtlinge, die abgeschoben werden. Einwanderungsquoten sind nur ein neues Instrument, um die Arbeiterklasse zu teilen.

Damit nicht genug. Deutsche und ausländische Arbeiter werden gegeneinander ausgespielt, auch wenn jeder in seinem Land bleibt. Die Forderung nach Lohnverzicht für Arbeiter in Deutschland wird mit Lohnverzicht der Arbeiter im Ausland begründet.

Klassengesellschaft

Unsere Gesellschaft ist im wesentlichen in zwei Klassen gespalten, in Produktionsmittelbesitzer und abhängig Beschäftigte, in Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse.

Diese beide Klassen haben keine gemeinsamen, sondern entgegengesetzte, ja unversöhnliche Interessen. Alle Fragen in der Gesellschaft müssen daher von einem Klassenstandpunkt aus betrachtet werden. Die Frage nach Lohnerhöhung oder nach Entlassungen sieht ganz unterschiedlich aus, je nachdem ob man Unternehmer oder Arbeiter ist.

Konzernbosse in Deutschland haben kein Interesse daran, daß verfolgte Gewerkschafter aus Ländern der „3. Welt“ hier Asyl finden. Die Kapitalisten kämpfen für ihre Interessen, wir kämpfen für unsere.

Problem für die Kapitalisten: Es gibt viel weniger von ihnen als abhängig Beschäftigte. Ungefähr 80 Prozent der Bevölkerung zählen zur Arbeiterklasse. Aber die Macht hat das Kapital, die Macht wird ausgeübt von einer Minderheit in der Gesellschaft. Um ihre Interessen durchzusetzen, um ihre Herrschaft zu sichern, greifen sie zu einem altbekannten Mittel: „Teile und Herrsche“.

Die Spaltung der Arbeiterklasse nützt nie der Arbeiterklasse, sondern immer den Herrschenden. Die Formen der Spaltung sind vielseitig: Deutsche und Ausländer, Männer und Frauen, Arbeiter, Angestellte und Beamte, Erwachsene und Jugendliche, Beschäftig-



Fortsetzung auf Seite 3

Die Lehren aus den Berliner Kommunalwahlen

Große Koalition - Nein Danke!

Kurz nachdem in Baden-Württemberg die Große Koalition von SPD und CDU festgeklopft wurde, zeigten sich bei Kommunalwahlen in Berlin vom 24. Mai die Folgen von Großer Koalition und rechter SPD-Politik. Die den regierenden Bürgermeister Diepgen stellende CDU erhielt eine schwere Schlappe, aber die SPD konnte kaum gewinnen, weil sie selbst eine Politik auf Kosten der sozial Schwachen und zu Gunsten der Unternehmer mitträgt.

Der erneute Denkkzettel für die SPD wäre vermeidbar gewesen, wenn die SPD-Führung die große Koalition verlassen und die bestehende linke Mehrheit der 122 Abgeordneten von SPD, PDS, Bündnis 90 und Grüne/Alternative Liste zur Regierungsbildung und für die Umsetzung einer konsequenten Politik im Interesse der ArbeitnehmerInnen genutzt hätte.

Aber die Parteirechte dominiert die SPD, die Linke ist nicht in der Lage, den Unmut in der Parteimitglied-

schaft gegen die jetzige Führung zu bündeln. So kann Parteichef Momper sich weiterhin mit der Behauptung durchsetzen, es gäbe keine Alternative zum gemeinsamen Senat mit der CDU. Die Wähler sahen das anders: Sie verschafften den im weitesten Sinne linken Parteien in Gesamtberlin eine absolute Mehrheit von 56,4 Prozent, in Ostberlin von fast 75 Prozent!

SPD - raus aus der Großen Koalition!

Die Wähler wollen Lösungen für die dringenden Probleme, und die sind mit der CDU nicht möglich. CDU/CSU und FDP stellen die Regierung in Bonn und wälzen die Krisenlasten des kapitalistischen Systems auf Klein- und Mittelverdiener ab, sind also Mitverursacher der Probleme. Nur mit einer Berliner Gegenregierung zu Bonn kann der Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und soziale Probleme geführt werden. Und nur durch solche Taten kann die Skepsis der eine Million Berliner

NichtwählerInnen überwunden werden.

Offensive gegen die Reps

Während die Abschaffung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer die ausländischen Volksvertreter aus den Bezirksverordnetenversammlungen austreibt, ziehen 78 Faschisten ein. 78 Parlamentarier, die den Hauptfeind in unseren ausländischen KollegInnen und MitbürgerInnen sehen, die das Gift des Nationalismus verspritzen und die der parlamentarische Arm von rechten Terroristen sind, die Kinder und Asylbewerberheime anzünden, Ausländer, Homosexuelle und Linke auf den Straßen totschiessen.

Schon einmal wurden SPD, KPD und Gewerkschaften von Faschisten zerschlagen. Auch heute sind die Reps angetreten, um gegen GewerkschafterInnen und Linke vorzugehen und die Arbeiterbewegung zu spalten, um vom gemeinsamen Kampf gegen Kohl

und Unternehmer abzulenken und Ausländer zum Feind zu erklären.

Nach dem Bezirksverwaltungsgesetz werden die Faschisten in vier Bezirken sogar mitregieren. Sie werden CDU-Bürgermeistern ins Amt verhelfen. Heinrich Lummer, CDU-Rechter, drängt bereits auf eine Zusammenarbeit mit den Reps. Der Einzug von Faschisten in die Parlamente darf nicht geduldet werden. Nötig ist ein Kurswechsel in der Politik der SPD, um den Reps politisch entgegenzutreten zu können. Es sollten aber auch Protestaktionen und Blockaden organisiert werden, wenn die Reps in die Bezirksrathäuser einziehen. Diese Aktionen müßten Jungsozialisten und SPD-Linke mitorganisieren und nutzen, um ihre Opposition gegen die Große Koalition und die rechte Politik der SPD-Führung deutlich zu machen.

Thomas Berger, Berlin
Jungsozialist

Analyse der Berliner Kommunalwahlen siehe Seite 3